

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonntags.
 Preis vierteljährlich durch die Post bezogen 1,20 Mk. Einzelhefte in die Postzustellungskasse Nr. 6482.

Der Proletarier

Anzeigenpreis: 50 Pf. für die 3 gespalt. Zeile.
 Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Postcheckkonto: Nr. 358 15 Postcheckamt Hannover.

Verlag von A. B. r. e. n.
 Druck von E. A. S. M e i s t e r & S o., beide in Hannover.

Redaktionschluss: Montag morgen 9 Uhr.
 Verantwortlicher Redakteur: H a n s L a w e r e n z, Hannover.

Redaktion und Expedition: Hannover M., Rathenauplatz 3.
 Fernsprechanstöße 2 28 41 und 2 28 42.

Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit.

Dietrichs aussichtsloser Vorschlag.

Die deutsche Reichsregierung ist in einer wenig beneidenswerten Lage. Die außenpolitischen Schwierigkeiten mehren sich und die innerpolitischen werden nicht weniger. Im Gegenteil, die ernsthafteste Bedrohung des Wirtschaftslebens, die Arbeitslosigkeit, steigt von Tag zu Tag. Rund 4 1/2 Millionen Arbeitslose bedrücken den Arbeitsmarkt. Man sollte meinen, in einer so ernsten Zeit müsste jedes Mittel, das einigermaßen Erfolg verspricht, wenigstens auf seine Brauchbarkeit geprüft werden. Aber unsere Reichsregierung geht einen anderen Weg. Die Mittel, die eine tatsächliche Verminderung der Arbeitslosenzahlen verbürgen, werden nicht angewandt, werden vom Kabinett nicht einmal ernstlich erörtert. Da war der Vorschlag der Gewerkschaften, den wir in unserer Zeitung schon so oft wiederholt und begründet haben, eine gerechte Verteilung der vorhandenen Arbeitsmöglichkeiten, also Verkürzung der Arbeitszeit, Einführung der Vierzigstundenwoche. Ihn hat die Reichsregierung überhaupt nicht erwogen. Das war um so verwunderlicher, als aus manchen Industrien, wie bei uns in der Harburger Industrie, bereits sehr gute Erfahrungen darüber vorlagen, wie die Arbeitszeitverkürzung auf die Arbeitslosigkeit gewirkt hatte, daß Neueinstellungen notwendig geworden waren, wo man die Arbeitszeit in genügendem Maße verkürzt hatte. Es hatte sich auch schon gezeigt, daß die Arbeiterschaft genug Opferinn und solidarisches Gefühl hat, um sogar unter zum Teil recht erheblichem Lohnausfall die Verkürzung der Arbeitszeit zum Besten der erwerbslosen Klassengenossen durchzuführen. Das alles hatte auf die Reichsregierung nicht den geringsten Einfluß, durfte es zum Teil nicht haben, weil die Unternehmer hartnäckig jede allgemeine Arbeitszeitverkürzung ablehnten. Die Reichsregierung selbst aber machte keine nur irgendwie brauchbaren Vorschläge zur Behebung der Arbeitslosigkeit.

Denn auch der neueste Plan des Reichsfinanzministers Dietrich ist nicht durchführbar, verspricht nicht den geringsten Erfolg zur Besserung der trüben Arbeitsmarktlage. Und kaum, daß er in die Öffentlichkeit gedrungen ist, begegnet er allgemeiner Ablehnung, auch von vielen Unternehmern, die schärfste Ablehnung kommt aber, natürlich, von den Gewerkschaften. Herr Dietrich will die Unternehmer dadurch zur Einstellung von Arbeitskräften anregen, daß er ihnen einen Zuschuß zur Lohnzahlung gibt, den er dadurch, daß die Arbeitslosenunterstützung für die nun in Arbeit Tretenden gespart wird, ja zur Verfügung hätte. Also ganz einfach, die Arbeitslosen bekommen Arbeit und Lohn, zu dem die Unternehmer vom Reich eine Beihilfe erhalten, die Produktion steigt, infolgedessen niedrigere Preise, die Wirtschaft ist gerettet.

Aber es ist ein äußerst gewagter Schritt, den der Reichsfinanzminister hier tun will. Und er würde mehr einem Sprung ins Dunkle gleichen, als einem Schritt auf dem Wege zur Besserung unserer Wirtschaftslage. Diese Art Subventionierung, also finanzielle Unterstützung der Industrie durch das Reich, ist sehr gefährlich und vor allem gar nicht zu kontrollieren, ebensowenig, wie die Neueinstellung von Arbeitskräften zu kontrollieren sein würde. Eine Steigerung der Kaufkraft, die doch das erste Erfordernis zur Ankurbelung der Wirtschaft ist, würde kaum durch diese Einstellung von Arbeitskräften erreicht werden, wenigstens nicht in einem Maße, daß die einsehende Mehrerzeugung von Waren genügend dadurch ausgeglichen würde. Und dann hätten wir wieder denselben Zustand. Es wäre also gar nichts geholfen.

Nach wie vor ist der Vorschlag der Gewerkschaften auf Streckung der Arbeit, auf Verkürzung der Arbeitszeit der einzige, der einen Erfolg verspricht. Aber dagegen wehren sich die Unternehmer, weil diese Forderung ihren Grundfahnen widerspricht, bei deren Befolgung sie reich geworden sind. Lange Arbeitszeit, niedrige Löhne. Es ist fast verwunderlich, daß die Unternehmer, die so scharf alle technischen Verbesserungen beobachten und aufgreifen, sich von ihren alten volkswirtschaftlichen Anschauungen nicht zu moderneren Auffassungen bekehren können. Das trägt aber nicht zuletzt zur Verschärfung der gegenwärtigen Krise und zu der Trostlosigkeit der Wirtschaftslage bei, daß es im letzten Grunde weltanschauliche Gegensätze sind, die die Einigung so schwer machen. Der Fehler liegt im System, das ist das Entscheidende, vor dem leider Unternehmertum und Reichsregierung die Augen verschließen, hoffentlich nicht so lange, bis eine Katastrophe unvermeidlich wird, die dem Unternehmertum ungleich mehr kosten könnte, als es jetzt freiwillig zuzugestehen braucht. Zur Mitarbeit an praktischen, durchführbaren und Erfolg versprechenden Vorschlägen zur Behebung der furchtbaren Arbeits- und Wirtschaftskrise sind die Gewerkschaften jederzeit bereit. Aber solche Vorschläge sind ja bisher weder von der Regierung noch von den Unternehmern gemacht worden.

Die nationalsozialistische Schutzgarde des Kapitals.

Nicht nur politisch organisiert sich die nationale Schutzgarde des Kapitals, auch eine „gewerkschaftliche“ Zusammenfassung wird von den Unternehmern und den Hakenkreuzlern gewünscht. Die Aufgabe, schon in den Betrieben eine verlässliche Prätorianertruppe für die um ihre wirtschaftliche und politische Vormachtstellung besorgten Unternehmer zu schaffen, soll u. a. auch „Der Deutsche Arbeiter“, der Verband nationaler Arbeitnehmer Deutschlands, erfüllen. Wirklich, das Unternehmertum versteht es, sich alle schwankenden und unklaren Elemente zunutze zu machen. Während von links die R.O. den Kapitalisten manchmal unwillig, sehr oft aber freiwillig und ganz bewußt Hilfsdienste in ihrem Kampfe gegen die freien Gewerkschaften leistet, kommen nun von rechts die nationalgesinnten Arbeiter und Arbeiterinnen, um das morsche Gebäude der kapitalistischen Wirtschaftsordnung zu stützen. Wie immer berühren sich auch hier wieder die Extreme. Selb und Moskaurot im Dienste des Kapitals!

Die Nationalsozialisten

sind keine Sozialisten, wie sie es verblenden und irregeleiteten Arbeitern gern vorgaukeln. Diese Partei hat in ihren führenden Stellungen keine Arbeiter, trotzdem sie sich in demagogischer Weise Arbeiterpartei nennt. Prinzen, hohe und niedere Offiziere, Kriegsgewinnler und Heimkrieger führen die Partei, die mit Stolz Mörder zu ihren Anhängern und Abgeordneten zählt. Können solche Leute die Interessen der Arbeiterschaft vertreten? Nein, im Gegenteil, sie schützen das Kapital und

sind Todfeinde

der freien Gewerkschaften,

weil sie wissen, daß diese das festeste Bollwerk gegen jede Reaktion, ganz gleich, politische oder soziale, sind. Schon jetzt vergeht kaum ein Tag, an dem nicht ein sozialistisch gesinnter Arbeiter von ihren Mordwaffen bedroht oder verletzt wird. Wie würde die Arbeiterschaft erst geknechtet und bedrückt, wenn die Nazis ihren Diktatur- und Mordgelüsten frei und unbehindert nachleben könnten? Die Totengräber der Republik, deiner Freiheit, deiner Gewerkschaften sind am Werke: Triff ihnen entgegen, zeige ihnen die Macht der organisierten Arbeiterschaft!

**wehre sie
entschlossen und rücksichtslos ab!**

In der Sitzung des nationalen Verbandes wird als Zweck der Organisation die Hebung der sozialen und wirtschaftlichen Lage der nationalen Arbeiterschaft bezeichnet. Da zeigt sich schon der grundlegende Unterschied in den Satzungen des nationalen Verbandes (der Name ist vollkommen irreführend, „nationalistisch“ müßte er heißen) und der freien Gewerkschaften. Wir erstreben die völlige Gleichberechtigung der Arbeiterklasse in Staat und Gesellschaft und volle Anerkennung des Wertes und des Rechtes der Arbeit. So weit gehen die „nationalen“ Forderungen nicht, das würden die Unternehmer auch gar nicht dulden, daß solche radikalen Sätze in das Programm „ihrer“ Organisation aufgenommen würden. Noch mehr aber kommt der Pferdeschul zum Vorschein in den Mitteln, die dieser Verband zur Erreichung seines bescheidenen Zieles anwenden will. Da steht unter anderem auch: Schaffung von Wohlfahrts-einrichtungen, Bildung eines Sparkapitals, Pflege der Berufsfreudigkeit. Wohlfahrts-einrichtungen unter gütiger Mitwirkung des Unternehmers, um die Arbeiterschaft an den Betrieb zu fesseln und ihn zum arbeitswilligen, sonst aber willenlosen und gefügigen Sklaven des Unternehmers zu machen. Dem gleichen Zweck sollen auch die Sparkassen dienen, wahrscheinlich doch die Werks-Sparkassen, mit denen bekanntlich schon viele Arbeiter und Arbeiterinnen so bitterböse Erfahrungen gemacht haben.

Aber der nationale Verband kann auch energisch werden. Er nimmt „als letztes Mittel das Streikrecht im Rahmen der Verfassung in Anspruch“. Die Unternehmer können indessen ganz beruhigt sein. „Ihre“ Arbeiterorganisation wird es nie wagen, sich so gegen den Willen des Arbeitgebers aufzulehnen. Denn dann würde ihr ja sofort jede Unterstützung durch den Unternehmer entzogen, und damit wäre die Pleite des „Deutschen Arbeiters“ da. Mitglied dieses „Deutschen Arbeiter“-Verbandes kann natürlich nur werden, wer treudeutsch gesinnt ist, wer „nicht

in bewußtem Gegensatz zum Deutschtum“ steht. Das ist ganz klar, international versuchte Elemente kann der nationale Verband nicht in seinen Reihen dulden. Aber wir wissen ja schon, was Unternehmer und Nationalsozialisten unter „Deutschtum“ verstehen. Wirtschaft, Staat, Deutschtum und der persönliche Gewinn sind ja bei den meisten Unternehmern so eng verkuppelte und ineinander übergehende Begriffe, daß sich aufs schwerste an den ersten drei verständig, wer den persönlichen Profit des Unternehmers anfastet. Unsere Auffassung vom „Deutschtum“ und von Vaterlandsliebe ist allerdings eine ganz andere.

Der Verband nationaler Arbeitnehmer kann die Macht und die Bedeutung der freien Gewerkschaften nicht im geringsten schmälern, weil er infolge seines ganzen Aufbaues, seiner ganzen Zielsetzung und seiner Abhängigkeit von den Unternehmern gar nicht die Interessen der Arbeiterschaft in Wahrheit vertreten kann. Das weiß die ungeheure Mehrheit der Arbeiterschaft schon, und die wenigen Arbeiter und Arbeiterinnen, die sich durch die Verlockungen des „Deutschen Arbeiters“ einfangen ließen, werden es ebenfalls bald erfahren. Aber diese Erfahrung wird sehr bitter und sehr teuer sein. Und vor solchen bitteren und teuren Erfahrungen und schweren Schädigungen wollen wir unsere Kolleginnen und Kollegen bewahren, daher ergeht an alle Arbeiterinnen und Arbeiter unsere Mahnung: Weibet die gelben Organisationsen, laßt euch nicht zu recht- und willenlosen Sklaven des Unternehmertums machen! Für eure Rechte, für eure Interessen, für die vollkommene Gleichberechtigung der Arbeiterschaft in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft kämpft nur die freien Gewerkschaften!

Die gewerkschaftliche Organisationsmacht in Deutschland.

Nach Karl Marx sind die Gewerkschaften, „ohne daß sie sich dessen bewußt sind, zu Brennpunkten der Organisation der Arbeiterklasse geworden, wie die mittelalterlichen Manufaktur- und Gemeindefürsorge geworden waren“. Wir glauben, daß diese Worte von Karl Marx zu keiner Zeit mehr zuträfen als in der gegenwärtigen, wo die meisten politischen Parteien mehr oder weniger zerfallen oder in der Umbildung begriffen sind.

Nach dem kürzlich erschienenen Jahrbuch der Berufsverbände waren Anfang 1929 in Deutschland rund 17 Millionen Arbeiter und Angestellte gegen Arbeitslosigkeit versichert. Die Gesamtzahl der in sogenannten Arbeitnehmerverbänden organisierten Arbeiter, Angestellten und Beamten betrug zu der gleichen Zeit rund neun Millionen. Es entfallen zwei Drittel auf die Arbeiter und der Rest auf Angestellte und Beamte. Gegenüber den gegen Arbeitslosigkeit Versicherten bedeuten die 7,48 Millionen organisierten Arbeiter und Angestellten 44 v. H. Wenn wir von den übrigen 56 v. H. 20 v. H. abziehen, die für eine gewerkschaftliche Organisation nicht in Frage kommen, verbleiben immerhin 35 bis 40 v. H. Hand- und Kopfarbeiter, die keiner gewerkschaftlichen Organisation angehören. Hieraus ist zu ersehen, wie außerordentlich groß das Organisationsfeld der Gewerkschaften noch ist. Ein Rundgang durch den Bau der Gesamtbewegung bestätigt, daß die weitaus größte Zahl der Arbeiter den freien Gewerkschaften angehört. Dies stellt auch das Jahrbuch mit folgendem Satz fest: „Unter den Organisationsgruppen stehen die freigewerkschaftlichen Arbeiterverbände weitaus voran.“ Umfang und Bedeutung der gewerkschaftlichen Organisationsrichtungen gehen aus folgender Zusammenstellung hervor.

Organisiert waren Anfang 1929	Männliche	Weibliche	Insgesamt	v. H. waren m. w.
Freigewerkschaftlich	4 127 281	739 645	4 866 926	85 15
Christlich-national	639 714	124 129	763 843	84 16
Freiheitlich-national	190 905	13 239	204 144	93 7
In komm. Richtungen	68 100	3 750	71 850	95 5
In wirtschaftsfriedlich selbst. Verbänden	16 124	26 678	42 802	38 62
Zusammen:	5 042 124	907 411	5 949 565	85 15

Diese Zusammenstellung zeigt, daß die im Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund zusammengeschlossenen freien Gewerkschaften rund 82 v. H. aller organisierten Arbeiter in sich vereinigten. Sie bilden den Kernpunkt der Arbeiterbewegung überhaupt. Anfang 1930 waren die freien Gewerkschaften auf einen Mitgliederbestand von 4 948 276 angewachsen. Die freie Gewerkschaftsbewegung war in den organisatorischen Hochkonjunkturjahren noch wesentlich stärker. 1921 waren im Organisationsrahmen des DGB 8 032 000 Arbeiter und Arbeiterinnen vereinigt. Nach der Währungsstabilisierung trennte sich allerdings die Spreu vom Weizen, so daß die Zahl erheblich zurückging. Die weiblichen Mitglieder machten 1929 bei den freien Gewerkschaften 15 v. H. der Mitglieder aus. Von den 907 000 insgesamt organisierten Arbeiterinnen befanden sich 740 000 oder 82 v. H. bei den freien Gewerkschaften. Mit einer Jahreszunahme wie 1929 mit 251 Millionen war dieser gewaltige Organisationsblock auch finanziell zu einer nicht geringen Macht angewachsen.

Dass auch die übrigen Einrichtungen der freien Gewerkschaften, durch eine jahrelange Aufbauarbeit geschaffen, auf der Höhe standen, bedarf keiner weiteren Erläuterung.

Die christlichen Gewerkschaften bilden im Rahmen der gesamten Gewerkschaftsbewegung die nächstfolgende Gruppe. Die Zahl der Organisierten beträgt aber nur ein Sechstel der freien Gewerkschaften. Daneben ist es noch von Bedeutung, daß sich die christliche Arbeiterbewegung überwiegend auf die Katholiken, also auf West- und Süddeutschland beschränkt. Von den 19 Verbänden haben nur zwei (Metallarbeiter und Bergarbeiter) eine Mitgliederzahl über 100.000. Im Jahre 1928 war eine Gesamtmitgliedszahl von 22 Millionen zu verzeichnen. Das ist ungefähr der elfte Teil der Jahreseinnahme der freien Gewerkschaften.

Die Deutschen Gewerksvereine (Hirsch-Dunker) bilden die dritte Gruppe der Gesamtbewegung in Deutschland. Anfang 1929 waren hier insgesamt 168.726 Arbeiter und Arbeiterinnen zusammengeschlossen. Letztere sind bei den „Hirschen“ zahlenmäßig schwach; denn insgesamt sind nur 12.658 weibliche Mitglieder vorhanden. Die Gesamtmitnahmen betragen im Jahre 1928 4.098.000 Mk. Die Hirsch-Dunkerschen Gewerksvereine werden in Deutschland kaum wieder zu einer ausschlaggebenden Bedeutung gelangen. Wenn Erkelenz und andere Führer der Gewerksvereine sich der Sozialdemokratie anschließen, dann sollte auch ihre Organisation nachfolgen und den Weg zum ADGB finden.

Das Jahrbuch der Berufsverbände verzeichnet als vierte Gruppe die Arbeiterverbände kommunistischer Richtung. Insgesamt wird hier eine Mitgliederzahl von 68.100 angegeben. Einbezogen in diese Gruppe sind die Syndikalistischen, die revolutionären Industrieverbände, die Arbeiter-Unionen usw. Nach dem Studium dieses Abschnitts des Jahrbuchs ist man genau so scham wie vorher. Man vermag kein einheitliches Bild über die „revolutionären“ Organisationsrichtungen zu erhalten.

In noch größerem Maße gilt dies von der sogenannten „wirtschaftsfriedlichen“ Gewerkschaftsbewegung. Selbst das objektive „Jahrbuch“ schreibt hierüber: „Für die Gruppe der Werks- und Betriebsgemeinschaften erstrebenden wirtschaftsfriedlichen Arbeitervereinigungen besteht kein fester Anhalt dafür, welche Ausdehnung sie unter der Arbeitererschaft erreicht haben. Auf Tagungen genannte Zahlen sind in der Öffentlichkeit angezweifelt worden. Dem statistischen Reichsamt haben die Verbände-Vertreter bei der Umfrage keinerlei Angaben gemacht, nachdem bei der vorhergehenden Umfrage teils darauf hingewiesen worden war, daß wegen Umbildung innerhalb der Organisation Angaben zur Zeit nicht gemacht werden könnten...“ Jedenfalls ist eins sicher, daß sich an dem gelben Charakter dieser Bewegung nichts geändert hat. Es besteht eine Reihe Spitzenorganisationen, die sich teilweise hart beschden, aber doch nach längeren Einigungsverhandlungen im Juni vorigen Jahres zu der Gründung des Hauptamtschiffes der nationalen Industriearbeiterverbände kamen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß durch eventuelle Gewerkschaftsgründungen der Nationalsozialisten diese Bewegung einen neuen Impuls erhält. Trotzdem sind wir doch der Überzeugung, daß die Gelben es niemals zu einer ausschlaggebenden Stellung im Gewerkschaftsleben bringen werden.

Die Gewerkschaftsbewegung hat in Deutschland in der Nachkriegszeit eine Beachtung gefunden, wie es vorher niemals der Fall war. Deshalb auch die Feindschaft gegen diese Massenorganisationen des Proletariats. Diese zahlreich begreifbare Gegnerschaft kann den freien Gewerkschaften nur zur Ehre gereichen. Die Gewerkschaften sind und bleiben ein Teil der modernen Wirtschaft. Dies hat bereits Staatssekretär Dr. Brüning in einem Minister des kaiserlichen Deutschlands, mit folgenden Worten zum Ausdruck gebracht: „Man hat vielfach die wirtschaftliche Bedeutung der Gewerkschaften verkannt, während tatsächlich nach meiner festen Überzeugung die Gewerkschaften wirtschaftliche Aufgaben zu erfüllen haben, ohne die unser Wirtschaftsleben nicht mehr denkbar ist.“ Möge die sozialistische Arbeitererschaft ihrer Gewerkschaftsbewegung die Liebe entgegenbringen, die sie verdient. In Zeiten wirtschaftlicher Katastrophen können diese keine Nebenfolge bringen, aber gerade dann erweisen sie sich als ein Damm, der die Fluten der Reaktion in ihren Schranken hält.

Preisenerkennung der Reichsregierung.

Die Markenartikel sollen billiger werden.

Die Reichsregierung hat eine Verordnung erlassen, in der von Industrie und Handel eine Preisenerkennung um mindestens 10 Prozent für die sogenannten Markenartikel verlangt wird. In anderen Fällen sollen die Verabredungen, Bindungen und Geschäftsbedingungen, die Preisbindungen für Markenartikel enthalten, ungültig sein. Das ist aber auch die einzige Gefahr, die den Produzenten und Händler bedroht, wenn diese sich nicht zu den Preisermäßigungen bereit machen wollen. Nach dem Ungültigwerden der Preisbindungen kann dann also jeder Händler, besonders jeder Kleinhändler, die Markenartikel zu einem ihm angemessenen Preis verkaufen, ohne dabei an die von ihm zu erfüllenden Reserve zur Innehaltung der höheren Preise gebunden zu sein. Als Markenartikel im Sinne der Verordnung gelten solche Waren, die entweder selbst oder deren Umhüllung oder Aufschrift mit einem ihre Herkunft kennzeichnenden Merkmal versehen sind und bei deren Vertrieb die Händler durch irgendwelche Abmachungen verpflichtet sind, die Waren nur zu einem bestimmten Preis an den Verbraucher weiterzuverkaufen.

Die von der Verordnung betroffenen Warengruppen sind: 1. Gegenstände zur Reinigung, Pflege, Färbung oder Verschönerung der Haut, des Haares, der Nägel und der Mundteile;

2. Stoffe und ihre Zubereitungen, die dazu bestimmt sind, durch äußere oder innere Anwendung am menschlichen oder tierischen Körper Krankheiten, Leiden oder Körperschäden zu verhüten oder zu beseitigen, mit Ausnahme der zum inneren Gebrauch dienenden Mittel, die über 50 Prozent ihres Gewichtes Weingeist enthalten;
3. Verbandstoffe und Pflaster;
4. Haus- und Küchengeräte;
5. Fußbodenbelag mit Ausnahme von Teppichen aus Textilfasern;
6. Gegenstände zum Waschen, Putzen, Scheuern und Reinigen sowie zum Herrichten von Wäsche und Bekleidungsgegenständen;
7. Künstler-, Anstrich- und Hausmalstärken;
8. Schreibmaschinen, Bürobedarf;
9. Konfektion und Leibwäsche;
10. Näh-, Strick-, Stopp- und Häkelgarne aus Textilfasern aller Art;
11. Waren aus Gummi und Gummierfasern;
12. Schallplatten, soweit der festgesetzte Verbraucherpreis am 1. Juli 1930 fünf Reichsmark oder weniger betragen hat.

Wohl oder übel werden sich Produzenten und Händler bequemen müssen, der Verordnung der Reichsregierung irgendwie Rechnung zu tragen. Ob die Reichsregierung den vollen von ihr beabsichtigten Erfolg erzielt, mag dahingestellt sein. Wird aber bei den von der Verordnung betroffenen Waren wirklich eine Preisenerkennung um 10 Prozent eintreten, so wäre das zweifellos im Interesse der Verbraucher sehr zu begrüßen, denn es gibt ja heute so unendlich viele Markenartikel, auf die die breiten Massen der Bevölkerung angewendet sind. Allerdings zeigt die Verordnung auch bedenkliche Lücken. Einmal fallen nicht alle Artikel unter die Verordnung, obwohl an vielen unheimlich viel Geld verdient wird. Zum anderen erscheint es als sehr wahrscheinlich, daß die Mindestgrenze von 10 Prozent, die die Reichsregierung ansetzt, nirgends überschritten wird, trotzdem dies bei unzähligen Markenartikeln ohne weiteres möglich wäre, weil die Verdienste und Handelsmargen bei ihnen im Vergleich zu den reinen Herstellungskosten so unerhört hoch sind. Zwar besteht noch die Kartellverordnung vom 26. Juli 1930, aber es ist doch sehr fraglich, ob die Reichsregierung die Stärke haben wird, sich gegenüber den mächtigen Interessenengruppen durchzusetzen. Im allgemeinen werden aber Produzenten und Händler eine Senkung der Preise für Markenartikel um 10 Prozent viel leichter ertragen können als die Arbeitererschaft einen Lohnabbau um 5 Prozent. Gerechte Löhne und gerechte Preise werden wir erst in der sozialistischen Wirtschaft haben, und die kann die Reichsregierung allein nicht einführen.

Der Internationale Gewerkschaftsbund im Jahre 1931.

13.500.000 Mitglieder zählt der Amsterdamer Internationale Gewerkschaftsbund zu Beginn des Jahres 1931. Noch vor einigen Jahren waren es nur 12.000.000. Ägypten und Finnland traten im vorigen Jahre bei. Rußland, Portugal und Norwegen fehlen. Portugal hat noch keine Landeszentrale, und in Norwegen sind einseitigen noch zu starke kommunistische Einflüsse.

Seit 1911 ist der IGB in enger Verbindung mit den nordamerikanischen Gewerkschaften, und deren Vorsitzender Comper spielte auch bei der ersten internationalen Arbeitshonferenz in Washington eine große Rolle. Leider konnte er den Anschluß nicht durchsetzen. Ob dieser wohl jetzt unter dem Druck der allgemeinen Arbeitslosigkeit eher möglich ist? Der amerikanische Einwand, die Beiträge beim IGB seien zu hoch (man zahlt 12 holländische Gulden für je 1000 Mitglieder), dürfte gerade für die amerikanischen Verhältnisse anzutreffend sein. Mexiko richtet sich in allem nach Nordamerika. Kanada dagegen gehört zum IGB, ebenso Argentinien, und vielleicht wird in diesem Jahr auch Kuba beitreten, nachdem der nordamerikanische Versuch der Schaffung eines eigenen Panamerikanischen Gewerkschaftsbundes gescheitert ist. In den übrigen süd- und mittelamerikanischen Ländern gibt es noch keine Landeszentralen, so daß die Voraussetzung für einen eventuellen Anschluß an den IGB noch nicht geschaffen ist.

Die Gewerkschaften von Palästina gehören bereits zum IGB, und auf Anraten des Inders Joshi wird sich in diesem Jahr über die indische Gewerkschaftsbewegung dem IGB anschließen. Auch in Japan dürfte jetzt nach der Spaltung der Beitritt erfolgen. Nach China fährt erst Ende 1931 eine Studienkommission. Außer Ägypten, das 1930 beitrug, ist die Organisation der 10.000 schwarzen Arbeiter und der 22.000 weißen von Südafrika angeschlossen und in Südwestafrika die Gewerkschaft der deutschen Arbeiter, ferner in Nordafrika der Gewerkschaftsverband jeder französischen Kolonie.

Australien leidet sehr unter kommunistischen Spaltungsbestrebungen und ist dem IGB nicht angeschlossen. Es fandte aber einen Vertreter zum Internationalen Gewerkschaftskongress von Stockholm.

Nachdem die Russen 1919 die Einladung nach Amsterdam ablehnten, gründeten sie einige Jahre später eine eigene rote Gewerkschaftsinternationale. Auf Wunsch der englischen Gewerkschaften (1924 auf dem Internationalen Gewerkschaftskongress von Wien) wurden nochmals Versuche einer Einigung unternommen. Aber seit die Engländer dann die Zwecklosigkeit dieses Beginns einsehen, haben sie in scharfer, ja fast brutaler Weise jede Verbindung mit den Russen abgebrochen. Auch die anderen Länder in Europa machten halb die Erfahrung, daß ein Zusammenarbeiten mit den Russen wegen der Verschiedenartigkeit der Ansichten über die Aufgabe der Gewerkschaften nicht möglich ist. Angeblich hat die rote Gewerkschaftsinternationale 10.000.000 Mitglieder, wozu 8.000.000 Russen sind. Aber auch unter den restlichen 2.000.000 sind Gewerkschaftsverbände mitgerechnet, die überhaupt nicht mehr existieren. Dagegen, daß die Engländer ihren kommunistischen Standpunkt ausgegeben haben, sind auch alle Schwierigkeiten, die bis zum Pariser Kongress von 1927 bestanden, erledigt. Besonders der jetzige Vorsitzende Citrin, der gleichzeitig Generalsekretär der englischen Gewerkschaften ist, tut alles, was in seinen Kräften steht, um in England Verständnis für die Gewerkschaftsbewegung aller Länder zu schaffen.

Seit 1927 sind auch die Kaffeewerkschaften des IGB sehr gut. So konnte er kürzlich dem Kaffeewerkschafts-Fonds 10.000 holl. Gulden aus laufenden Mitteln überweisen. Alle Schwierigkeiten organisatorischer, finanzieller und geistiger Art sind überwunden, und eine ruhige Entwicklung steht bevor. In der Frage der Beschämpfung der Kriegsgefahren und der zunehmenden Arbeitslosigkeit hat sich der IGB mit der Sozialistischen Arbeiterinternationale zuweilen Zusammenarbeit eines gemeinsamen Programms und gemeinsamer Aktionen ins Benehmen gesetzt. Jede Woche erscheint ein Pressebericht des IGB in sechs Sprachen (deutsch, französisch, englisch, spanisch, dänisch und holländisch). Ferner gibt er eine Monatszeitschrift in deutscher, französischer und englischer Sprache heraus. Die Internationale Gewerkschaftsbewegung, in der nicht nur von den Hauptregionen des IGB, sondern auch von der Arbeit der internationalen Berufssekretariate die Rede ist. Die internationalen Arbeitskonferenzen des Generalsekretärs Internationaler Arbeitssamtes geben außerdem den Gewerkschaftsvertretern Gelegenheit zu Besprechungen mit Gewerkschaftsdelegierten aller Kontinente.

Der Sitz des IGB soll am 1. Juli 1931 wieder nach Berlin verlegt werden, wo der IGB, einst entstanden. Kurt Lewy

Jugendbewegung.

Veranschaulichung der jugendlichen Arbeitslosen.

Im den jugendlichen Erwerbslosen während der Arbeitslosigkeit eine Fortbildung in ihrem Berufe oder eine allgemeine Weiterbildung zu ermöglichen, hat der Reichsarbeitsminister in Gemeinschaft mit der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung angeordnet, daß auch in diesem Winter alle Landesarbeitsämter und Arbeitsämter berufliche Bildungsmaßnahmen für die jugendlichen Arbeitslosen treffen und fördern sollen. Der Reichsarbeitsminister hat gefordert, daß bei diesen Bildungsmaßnahmen alle Möglichkeiten ausgenutzt werden sollen, die die Einrichtungen des Fach- und Berufsschulwesens bieten; ebenso sollen die Einrichtungen der freien und öffentlichen Wohlfahrtspflege dafür nutzbar gemacht werden. Zu diesem Zweck haben der Reichsarbeitsminister und die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung bedeutende Summen flüssig gemacht.

Das sind alles sehr begrüßenswerte Maßnahmen, aber sie packen das Übel nicht an der Wurzel. Man lasse die Jugendlichen nicht erst der langen Arbeitslosigkeit verfallen, dann werden viele Ausgaben für die Betreuung der jugendlichen Erwerbslosen unnötig sein. Auf die Jugendlichen wirkt lange Arbeitslosigkeit oft ganz besonders schlimm in sittlicher und moralischer Beziehung. Den einzig brauchbaren Vorschlag zur Behebung der Arbeitslosigkeit haben die freien Gewerkschaften gemacht; warum setzt man ihn nicht in die Wirklichkeit um, anstatt zu solchen kleinen Mitteln zu greifen, wenn die Not erst riesengroß geworden ist!

Wirtschaftliches.

Die Bilanzen der deutschen Aktiengesellschaften für 1930. Trotz steigender Wirtschaftskrise Dividendenstabilität.

Die Bilanzstatistik der Aktiengesellschaften für das Krisenjahr 1929/30, etwa zwei Drittel des gesamten deutschen Aktienkapitals umfassend, liegt vor und zeigt erstaunlicherweise keine große Spuren der schweren Wirtschaftskrise. Die Dividenden sind zwar, wie es in jeder Depression üblich ist, etwas zurückgegangen, von 6,3 Prozent des Jahres 1928/29 auf 5,9 Prozent für 1929/30, um 0,4 Prozent. Die Dividenden weisen sogar während der Krise eine gewisse Stabilität auf. Ein Beweis dafür, daß der moderne Kapitalismus durch seine Wirtschaftspolitik immer mehr dahin strebt, das Kapitalrisiko der Krise zu vermindern und auf andere abzuwälzen. Die Kartellierung und Verkrüftung gibt ihm heute die Macht, das Kapitalrisiko immer mehr auszuschalten und die Profitrate zu stabilisieren.

Die die Wirtschaftspolitik des Aktienkapitals ausbleibt, geht aus folgendem hervor: Die Krise verschärft sich immer mehr, die Arbeitslosigkeit nimmt zu, der Absatz stockt, geht zurück, die Produktion ist um etwa 25 Prozent eingeschränkt, die Produktionskapazität wird nur zu etwa 50 Prozent ausgenutzt und die Aktionäre merken nicht viel davon, ihre Dividenden bleiben gleich. Die Kapitalrendite fällt nur ganz gering. Wo bleiben bei dem Aktienkapital und den Aktionären die Auswirkungen der schweren Krise? Wer trägt das Risiko der Krise?

Die vorliegende Bilanzstatistik des „B. L.“ für 1929/30 umfaßt etwa 6671 Aktiengesellschaften mit 15.423,5 Millionen Mark Aktienkapital. Davon verteilen 2089 Gesellschaften Dividenden. Das Aktienkapital befragt ohne Banken, Beteiligungs- und Versicherungsgesellschaften für 6061 Gesellschaften 12.917,0 Millionen Mark, ist um 402,3 Millionen Mark gestiegen. Die Anlagewerte betragen dagegen 14.021,4 Millionen Mark, haben sich um 1040,6 Millionen Mark erhöht. Der Wert der Anlagen ist entschieden mehr gestiegen als das Aktienkapital. Der Rohgewinn beträgt für das Jahr 1929/30 13,5 Prozent des Aktienkapitals gegen 14,6 Prozent im Vorjahr, ist um 1,1 Prozent zurückgegangen. Dagegen bleibt der Reingewinn mit 6,4 Prozent gegenüber 8,4 Prozent im Vorjahr um etwa 2 Prozent zurück. Auch die Dividendensumme hat sich von 946,1 Millionen Mark auf 913,4 Millionen Mark um 32,7 Millionen Mark verringert. Es sind aber im Verhältnis zur Krise und den bedeutenden Produktions- und Absatzrückgängen noch sehr günstige Ergebnisse.

Zwischen Rohgewinn, Reingewinn und Dividende besteht eine beträchtliche Differenz. Der Rohgewinn ist nur um 1,1 Prozent, der Reingewinn dagegen um 2 Prozent und die Dividende sogar nur um 0,4 Prozent gefallen. Wie ist das zu erklären? Die anderen Konten der Bilanzstatistik lassen es leicht durchblicken. Man versucht wieder zu verschleiern. Die Abschreibungen haben sich im letzten Jahr um 135,1 Millionen Mark erhöht, sind von 956,1 auf 1091,2 Millionen Mark gestiegen. Sie haben sich von 7,2 Prozent auf 7,7 Prozent der Anlagewerte erhöht. Außer den üblichen sind diesmal noch besondere Abschreibungen vorgenommen. Die erhöhten Abschreibungen sind auf Kosten des Reingewinnes gegangen und haben dieses Konto entschieden mehr fallen lassen als das des Rohgewinnes oder der Dividende.

Es wird somit nach außen der Schein erzeugt, als sei die Rentabilität der Aktiengesellschaften gesunken. Ob die größeren Abschreibungen notwendig waren, ist eine andere Frage. Es ist kein Geheimnis, daß die Kapazität allgemein stark überhöht ist. Manche Gesellschaften haben daher während der Krise versucht, die weniger rentablen Werke stillzulegen und ganz abzuschreiben. Das beste Beispiel liefern jetzt die Vereinigten Glasstoff-Fabriken, die Werke stillgelegt und sogar abgeschrieben haben und dann wegen der hohen Abschreibungen keine Dividende ausschütteten. Auf diese Weise hat man sich schadlos gehalten und Anlagen teilweise überwertet. Auch besteht noch die Möglichkeit, daß Gewinne über das Unkostenkonto laufen. Anders ist es gar nicht zu erklären, daß der Reingewinn prozentual entschieden mehr gesunken ist als der Rohgewinn und die Dividenden. Die Reserven sind auch nur ganz gering gestiegen, von 2972 Millionen auf 2996 Millionen Mark. Wäre der Reingewinn in Wirklichkeit so stark gesunken, so wären die Dividenden und die Reserven entschieden mehr zurück-

gegangen, denn die Aktiengesellschaften hängen in der Regel nicht davon, die Rentabilität und Leistungsfähigkeit ihrer Werke durch die Verteilung hoher Dividenden aufs Spiel zu setzen.

Etwas anders sieht das Bild aus, wenn man die Rentabilität der Verlust- und Gewinngesellschaften betrachtet. Die mit Verlust arbeitenden Gesellschaften betrugen 1928/29 gleich 9 Prozent und 1929/30 gleich 13 Prozent des Aktienkapitals. Das Verlustkapital hat eine Zunahme von 4 Prozent zu verzeichnen. Verlustgesellschaften sind Gesellschaften, die alle Jahre mit Verlust arbeiten. Verlustgesellschaften gibt es ungefähr 2160 - ohne Banken, Beteiligungs- und Versicherungsgesellschaften - oder 35,6 Prozent der Gesellschaften, mit 1,68 Milliarden Mark Verlustkapital. Der Reingewinn, der ohne Banken usw. insgesamt 4,9 Prozent beträgt, war bei den Gewinngesellschaften dagegen 8,3 Prozent, im Vorjahr 8,5 Prozent, also entschieden höher. Die Abschreibungen sind bei den Gewinngesellschaften um 0,6 Prozent gefallen und bei den Verlustgesellschaften um 3,9 Prozent gestiegen. Die Rentabilität der Gewinngesellschaften ist sogar während der Krise sehr gut. Sie spüren nichts von der Krise.

Die Rendite ist während des Krisenjahres allgemein leicht gefallen. In der Textil- und Metallindustrie ist sie dagegen entschieden stärker gesunken. Es sind die Industrien, die durch die Weltkrise besonders in Mitleidenschaft gezogen wurden. In einzelnen Industriezweigen ist die Rendite während der Krise sogar noch gestiegen.

Das Klagegedicht der „notleidenden Industrie“ muß sich als Stimmungsmache erweisen, wenn die Bilanzen der Aktiengesellschaften noch eine detartige Rentabilität zeigen. Die Last der Krise trägt untreitbar die Arbeiterklasse. Aus der Bilanzstatistik geht doch einwandfrei hervor, daß der Gewinnrückgang in keinem schlechten, sondern in einem sehr günstigen Verhältnis zur Absatzflockung und Produktions Einschränkung steht. Die Rentabilität wird trotz der schweren Krise noch garantiert. Kann man da von notleidenden Aktienkapitalisten sprechen? Die Bilanzen sind die Rentabilitätsausweise der Unternehmen. Sie zeigen schwarz auf weiß, ob ihre Entwicklung günstig oder ungünstig war. Leider kann man heute noch nicht die Bilanzen aller Unternehmer studieren, weil sie nicht veröffentlicht werden. Ein guter Notbehelf zur Prüfung der Rentabilität der Wirtschaft in Krise und Konjunktur sind die Bilanzen der Aktiengesellschaften. Denn die deutschen Aktiengesellschaften stellen mit ihren 24 Milliarden Mark Aktienkapital, das in alle Wirtschafts- und Industriezweige reicht, einen wichtigen Teil der Wirtschaft dar. Man kann darum von ihnen aus ungefähre Schlüsse auf die Rentabilität der Wirtschaft ziehen.

Die Bilanzen zeigen heute trotz steigender Wirtschaftsnof noch gute Profite, wie folgender Auszug aus der Bilanzstatistik darstellt.

Table with 7 columns: Gewerbebranche, Jahr, in Mill. Mark (Aktienkapital, Reserven), in Prozent des Aktienkapitals (Rückgewinn, Reingewinn). Rows include Land- und Forstwirtschaft, Bergbau und Hüttenwesen, Industrie der Steine u. Erden, Metallindustrie, Maschinen-, Motor- und Automobilindustrie, Chemische Industrie, Gummi- und Elektroindustrie, Gas, Wasser, Elektrizitäts-Verföhrung, Textil-, Bekleidungs- und Schuhindustrie, Papier- und graphisches Gewerbe, Baugewerbe und Holzbearbeitung, Verkehr, Transport, Nachrichtenwesen, Banken, Beteiligungs- und Finanz-Gesellschaften, Versicherungen, Sonstiges, and Gesamt.

Lothar Wand (Erfurt).

Lohn- und Tariffbewegungen.

Glasarbeiter-Ausperrung beendet.

Der Lohnkampf in der Fürtber Glasindustrie ist durch einen am vergangenen Mittwoch gefällten rechtsverbindlichen Schiedspruch beendet. In einer stark besuchten Versammlung nahm die Mitgliedschaft des Keramischen Bundes zu dem neuen Schiedspruch Stellung.

Die Kollegen Dirfcherl und Fischer berichteten über die äußerst schwierigen Verhandlungen. Der Kampf hatte durch die Haltung der Fürtber Glasbarone eine besondere Schärfe erhalten, nachdem diese in bewußter Rechtsbegung den Lohnabbau vor der Erklärungsfrist rückwirkend vom 1. Januar an durchführten. Die Glasarbeiter mußten sich dadurch als ausgesperrt betrachten.

Die Wirtschaftsverhältnisse haben hintertrieben, was erreicht werden sollte. Der Kampf vor jedoch nicht unpaß. Wenn der neue Schiedspruch auch nur einzelne Verbesserungen gegenüber dem ersten brachte, dem Unternehmertum wurde jedenfalls bewiesen, daß die Glasarbeiterkraft nach wie vor zäh zu kämpfen versteht. Der neue Tarif gilt nun erst vom 17. Januar an, so daß vor allem keine rückwirkenden Lohnabzüge vorgenommen werden können; in

verschiedenen Sparten würden gegen den ersten Spruch Verbesserungen bis zu 4 Prozent erreicht. Maßregelungen dürfen nicht vorgenommen werden. Sowohl die Lohnkommission als auch die Versammlung selbst unterließ die Auffassung, daß ein Streik eher zu einem unübersehbaren Chaos als zu irgendwelchen Verbesserungen führen würde.

Nicht unerwähnt darf die Rolle bleiben, die die „Rote Gewerkschaftsopposition“ auch in diesem Kampfe wieder spielte. Sie mußte in einem Flugblatt von dem „Schändlichen und niederträchtigen Verrat der Verbandsführer“ reden und zur Bildung von Kampf- und Streikleitungen auffordern, um den Streik auf „breitester Form“ fortzuführen. Pathetisch verkündeten sie „Streik bis zum Sieg“. Zur Bildung eines „Roten Glasarbeiterverbandes“ reichte's noch nicht.

Für die Glasarbeiterkraft Fürtber ergibt sich aus diesem Kampf die Lehre und Mahnung: Treue im Treue! Halte dich wie vor zum Verbands als eurem einzigen und wirtlichen Interessenvertreter! Werbt für ihn, stärkt die Kampffront, rüttelt alle Säulen auf, damit der Verband gestärkt ist, auch in kommenden Kämpfen durch mächtige Einheit und Geschlossenheit seine Aufgabe zu erfüllen!

Die RGO. kennt keine Siege

in ihrer kurzen, dafür aber um so ruhmloseren Geschichte. Sie kann auch gar nicht für die Arbeiterschaft kämpfen, denn ihren Führern fehlt jede gewerkschaftliche Einsicht in die Erfolgsmöglichkeiten ihrer wahl- und zwecklos vom Zaun gebrochenen Arbeitskämpfe. So entben alle Streiks der Revolutionären Gewerkschaftsopposition mit vernichtenden Niederlagen.

Das ist auch gar nicht anders möglich.

Zur erfolgreichen Führung von Lohn- und Tariffbewegungen gehört eben mehr als ein Mundwerk mit Freilauf ohne Bremse. Kein Arbeiterführer mit Verantwortungsgefühl heßt die Gewerkschaftsmitglieder in aussichtslose Streiks. Die kommunistischen Arbeiterverführer versuchen es aber, und wo die denkenden und marxistisch geschulten Gewerkschaftsmitglieder ihnen nicht folgen, da rufen sie den Terror der Unorganisierten zu Hilfe.

Folgt der RGO. nicht,

Kolleginnen und Kollegen! Gerade in Krisenzeiten müßt ihr eurem Verbands die Treue halten. Die kommunistischen sinnlosen Streiks und Putzschwächen nur die Widerstandskraft der Arbeiterschaft und stärken die Position der Unternehmer. Das einzige Bollwerk gegen die Anstürme der Unternehmer und gegen die Brandung der Wirtschaftskrise ist euer Verband!

Stärkt die freien Gewerkschaften!

Unerbörter Lohnschiedspruch in der Weißhohlglasindustrie,

Verbandsgruppe IV, Sachsen und angrenzende Gebiete.

Wie bereits bekannt, hat der Schußverband Deutscher Glasfabriken vom 5. d. M. an sämtliche Glasarbeiter und -arbeiterinnen in seinen Mitgliedsbetrieben der Gruppe IV ausgesperrt. Die Arbeiterschaft hat in beispielloser Disziplin und Einmütigkeit zusammengehalten.

Vom zuständigen Landesrichter wurden die Parteien von Amts wegen zu Verhandlungen geladen. Im Falle einer Nicht-einigung hatte der Landesrichter vom Reichsarbeitsministerium Vollmachten erhalten, eine Schlichterkammer zu bilden und einen Schiedspruch zu fällen. Am 13. Januar 1931, früh gegen 3.30 Uhr, ist mit den Stimmen der Arbeitgeber ein Schiedspruch gefällig worden, der alles bisher Dagewesene weit in den Schatten stellt.

Man muß in Betracht ziehen, daß für die in Frage kommende Arbeiterschaft bereits am 1. November 1930 bis zum 31. Dezember 1930 durch Schiedspruch ein Lohnabbau um 3 Prozent erfolgt ist. Durch den neuen Schiedspruch, der unter dem Vorbehalt des Herrn Landesrichters gefällig worden ist, ist im Querschnitt ein weiterer Lohnabbau um ungefähr 7 Prozent festgelegt. Für einzelne Arbeitergruppen kommt ein Lohnabbau bis 10 und mehr Prozent in Frage.

Alle Einwendungen, die von der zuständigen Organisation und den Verhandlungsteilnehmern von Arbeitnehmerseite gemacht wurden, sind einfach in den Wind geschlagen worden. Die Erbitterung, die dieser Schiedspruch unter den in Frage kommenden Arbeitern und darüber hinaus ausgelöst hat, ist natürlich groß.

In einer Konferenz der Vertrauensleute der Gruppe IV, Weißhohlglasindustrie, am 15. Januar 1931, wurde dieser Schiedspruch einmütig abgelehnt. Der Schußverband hat bereits mitgeteilt, daß er seinerseits den Schiedspruch annimmt. Der Reichsarbeitsminister hat nunmehr das Wort.

Internationale Arbeiterbewegung.

25jähriges Bestehen des Niederländischen Gewerkschaftsbundes.

In der ersten Woche des Monats Januar feierte der dem Internationalen Gewerkschaftsbund angehörende Niederländische Gewerkschaftsbund (N.V.V.) sein 25jähriges Bestehen. Als der N.V.V. im Jahre 1906 errichtet wurde, war die Lage der niederländischen Gewerkschaftsbewegung äußerst schwierig. Überall standen anarcho-syndikalistische Tendenzen im Vordergrund; „revolutionäre Aktion ohne Arbeitslosenkassen“ war die Parole des Tages. Es gab damals nur eine einzige auf freigewerkschaftlicher Basis stehende Organisation, nämlich den unter Leitung von H. Polak stehenden Niederländischen Diamantarbeiterverband. Es war denn auch vor allem H. Polak, der sich für die Gründung der jetzigen Landeszentrale einsetzte.

Mit Stolz kann der Niederländische Gewerkschaftsbund auf die Resultate seiner 25jährigen Arbeit zurückblicken. Trotzdem es auch heute noch zahlreiche andere Richtungen und demnach einen starken Konkurrenzkampf gibt, wußte sich der N.V.V. zur weitaus stärksten Organisation zu entwickeln. Er umfaßt 49 Prozent der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter. In den vergangenen Jahren ist seine Mitgliederzahl ständig gestiegen; allein im Jahre 1929 gewann er 34.716 neue Mitglieder, womit die Gesamtmitgliederzahl auf 251.380 gebracht wurde. Wie der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, so ist auch der N.V.V. auf der Grundlage der zentralisierten Verbandsorganisation aufgebaut; es gehören ihm

insgesamt 28 Verbände an. Das Gesamtvermögen der angeschlossenen Organisationen ist im Laufe der Jahre stark gestiegen; es betrug im Jahre 1925 7.650.000 Gulden, im Jahre 1930 12,5 Millionen. Der N.V.V. selbst hält eine Streikkasse, die bis jetzt auf insgesamt 1.670.000 Gulden angewachsen ist und für die angeschlossenen Organisationen eine starke Stütze bedeutet.

In den letzten Jahren bildete sich in Holland eine enge Zusammenarbeit zwischen dem N.V.V. und der Sozialdemokratischen Partei heraus. Diese Entwicklung trug in hohem Maße zur Vereinheitlichung der Aktion und Propaganda bei.

Wie in allen anderen Ländern, so ist auch in Holland die freigewerkschaftliche Bewegung in unaufhaltbarem Vormarsch, denn der Niederländische Gewerkschaftsbund zielbewußt und entschlossen führt.

Berichte aus den Zahlstellen.

Chemnitz. Am 18. Januar 1931 fand die von 78 Delegierten besuchte Vertreter-Versammlung der Zahlstelle Chemnitz statt. In seinem Geschäftsbericht ging Kollege Siegmund auf die Wirtschaftskrise, auf ihre Ursachen und Auswirkungen ein. Er geißelte die Taktik der Unternehmer, die jegliche trübe Wirtschaftslage zum Lohnabbau auszunutzen, und widerlegte ihre Behauptung, daß die Lohnhöhe es sei, die die Wirtschaft in diese Krise gebracht hätte. Ferner beschäftigte er sich mit den Angriffen auf die Sozialversicherung und bewies die Notwendigkeit unserer sozialen Einrichtungen, die nicht abgebaut, sondern vielmehr ausgebaut werden müßten. Auch beim Bericht des Kassierers, Kollegen Eger, war ersichtlich, daß sich die überaus große Wichtigkeit innerhalb der Zahlstelle auf die Klassenverhältnisse auswirkt, haben doch allein etwa 1500 Mitglieder, die bereits ausgesteuert sind, in der Zahlstelle die Sonderunterstützung des Vorstandes erhalten. Diese Zahl beweist außerordentlich, daß auch durch die Sonderunterstützung viel Not und Entbehrung von unseren Mitgliedern abgewendet worden ist. Trotz der bestehenden mihlischen Verhältnisse ist die Beitragsleistung im allgemeinen noch gut und auch die Mitgliederbewegung als gesund zu bezeichnen. In der darauf folgenden Debatte, an der sich eine ganze Reihe von Rednern beteiligte, wurde die Tätigkeit der Angestellten sowie aller Funktionäre anerkannt. Im Schlußwort betonte Kollege Siegmund, daß Einigkeit mehr denn je notwendig sei, daß den Spaltungsbestrebungen durch Nazis und RGO. innerhalb der Gewerkschaften viel mehr Beachtung geschenkt werden muß, denn nur eine geschlossene Gewerkschaft kann diesen Sturm, den wir jetzt zu bestehen haben, überwinden. Dann gaben die Kollegen Selmann und Siegmund ein anschauliches Bild über die Lohnbewegungen in den von uns vertretenen Industrien. Leider ist in fast allen bis jetzt abgeschlossenen Tarifverträgen eine Verminderung des Lohnes um 3 bis 5 1/2 Pf. eingetreten. In einigen Betrieben konnte durch Vereinbarung einer neuen Lohnartikelform geschaffen werden, in einigen anderen Industrien sind die Arbeitgeber nicht ernstlich gewillt, einen neuen Lohn- oder Mantelvertrag abzuschließen, sie glauben in der jetzigen Situation die Löhne ohne Vertrag herunterschieben zu können. In längeren Ausführungen beschäftigte sich dann Kollege Siegmund noch mit dem für die Papierindustrie gefällten Schiedspruch, der einen Lohnabbau von 6 Pf. auf den Ecklohn bringt. Einmütig waren die anwesenden Delegierten aus der Papierindustrie der Auffassung, daß dieser Schiedspruch abgelehnt werden muß. Eine von der Belegschaft Dreierwerden eingebrachte Entschließung wurde mit einer geringfügigen Änderung einstimmig angenommen. Die Ortsverwaltung wurde wiedergewählt. Max Selmann.

Osnabrück. Am 14. Januar 1931 fand unsere Generalversammlung statt. Kollege Schmidt gab den Jahresbericht. Er führte unter anderem aus: Trotz der Wirtschaftskrise und der schlechten politischen Lage wurde der Mitgliederbestand gehalten, ein Zeichen, daß die Mehrheit der Arbeiterschaft für die Spaltungskampagne der Kommunisten und Nazis nicht zu haben ist. In den einzelnen Industrien der Zahlstelle sind die Unternehmer mit den Lohnabbaubestrebungen nicht zurückgeblieben. Zuerst hat die Rheinish-Westfälische Zementindustrie vom Schlichter in Dortmund einen Schiedspruch mit einem Lohnabbau um 5,6 Prozent erreicht. Trotz der Überzeugung, daß der bisherige Lohn schon zu gering war, wurde der Schiedspruch angenommen, da die Zementindustrie stillliegt. Auch in der Papierindustrie wollen die Unternehmer einen Lohnabbau um 10 bis 12 Prozent haben, dazu auch Stilllegungen, so bei der Firma Kümmerer ganz und bei Schöeller teilweise, daselbe ist auch bei der Säbholzwirtschaft in Nette der Fall. Die einzige Industrie im Bezirk, die noch ziemlich gute Beschäftigung hatte, ist die Margarineindustrie in Wiffen. Aber die Rationalisierung macht auch dort große Fortschritte; es sind auch schon Entlassungen vorgenommen worden. Trotzdem sind aber beim letzten Tarifabschluß noch Verbesserungen des Tarifs eingetreten. Der Kassierer, Kollege Vahlbusch, erläuterte den Jahreshaushaltsbericht und den Bericht über das 2. Quartal. Daraus konnte man ersehen, daß die Einnahmen trotz der großen Arbeitslosigkeit gegenüber dem Vorjahre noch gestiegen waren. Die Ausgaben sind hauptsächlich in der Arbeitslosen- und Krankenunterstützung zu finden. Auch für die Invalidenunterstützung wird schon eine ziemliche Summe ausgegeben. Aus allem kann man ersehen, daß die Organisation nicht allein wirtschafts- und lohnpolitisch arbeitet, sondern auch dazu beiträgt, den Opfern der heutigen Wirtschaftskrise nach Möglichkeit zu helfen. Kollege Schmidt stellte nach Schluß der lehrhaften und sachlichen Aussprache fest, daß diese der Verwaltung gute Fingerzeige gegeben habe. Auf Antrag des Kollegen Schmidt wird der Vorstand von 7 auf 8 Personen vermehrt und der alte Vorstand unter Hinzuziehung des Kollegen Wilmann (Papierindustrie) einstimmig wiedergewählt. Der Vorstand besteht nun aus folgenden Personen: Wilhelm Schmidt, 1. Bevollmächtigter, Heinrich Vahlbusch, 2. Bevollmächtigter, Heinrich Fricke (Osnabrück), Heinrich Wilmann (Osnabrück), Robert Weber (Osnabrück), Heinrich Diekmann (Nette), August Nordmeyer (Wiffen), Kleimens Haslage (Lengerich), Gustav Schneider (Hörstel), Fröh Wilmann (Schöeller).

Kundschau.

Ein Nazipapst.

Mit wahrhaft christlichen Mitteln will ein Pfarrer aus dem Rheinland die Erneuerung des deutschen Volkes betreiben. Dieser geistliche Herr ist ein frommer Anhänger der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei und wirkt natürlich auch unentwegt für diese Partei und ihre Ziele. Welche Mittel er zur Erreichung seiner „nationalen“ Ziele anwenden will, geht aus einer Neujahrsbotschaft hervor, die er an die Ortsgruppen seiner Partei verfasste. Darin heißt es u. a.: „Die da drüben versuchen es mit dem Gummihüpfel; wir müssen es einstweilen versuchen mit weißen Mäusen, Blind-scheiben und Stinkbomben! Nicht gerade angenehm, aber im Augenblick einzig möglich und unsehbar wirksam. Zentrum, Bayerische Heidenpartei und jüdischer Volksdienst haben den Bürgerkrieg geschlagen; wir nehmen ihn auf und führen ihn zu herrlichem Siege.“

Dieser Vertreter der Religion der Liebe gehört wahrscheinlich auch zu den Geistlichen, die es für Gottesdienst erklärten, „den Stahl in Feindesherzen zu tauchen“. Wirklich, wenn Christus noch einmal auf die Erde käme, würde er ganz bestimmt sagen: „Ihr Ostergezücht, was habt ihr aus meiner Lehre gemacht.“ Der Herr Pfarrer hat aber vergessen, noch

Chemische Industrie

Das Bedaur-System im neuen Jahre.

Kaum hat das neue Jahr seinen Einzug gehalten, kommen erneut Klagen über die maßlose Ausbeutung durch das Bedaur-System. Als ein besonderer Vorteil des Bedaur-Systems wird angegeben, daß die einmal festgesetzten B-Werte nicht geändert werden können. Daß das falsch ist, haben wir wiederholt nachgewiesen. Jetzt beschwerten sich die Arbeiter, daß in der Continental die sogenannte Spezifikationsabteilung, die zum Ausfeilen des Bedaur-Systems, wie der offizielle Ausdruck lautet, eingesetzt ist, jeden Winkel auspäht, um Angriffspunkte zur Verschlechterung der B-Werte zu finden. Dabei sind die B-Werte zum großen Teil so niedrig angelegt, daß in bestimmten Abteilungen die Arbeiter ihre achtfündige Arbeitszeit nicht einhalten können, wenn sie zu ihrem Lohn kommen wollen. Die Leute sind häufig eine halbe Stunde vor Arbeitsbeginn schon am Arbeitsplatz und verlängern am Abend ebenfalls ihre Arbeitszeit um etwa eine halbe Stunde. In diesen Abteilungen hat das Bedaur-System die tariflich festgelegte achtfündige Arbeitszeit durchbrochen und den Neunstundentag geschaffen.

Die B-Werte sind zum Teil auch nicht auf die Arbeit zugeschnitten, sondern der persönlichen Arbeitsleistung angepaßt. So kommt es vor, daß die Arbeit an einem Arbeitstisch erheblich besser bezahlt wird als am Nachbartisch, weil der Zeitnehmer bei dem einen Arbeiter vielleicht eine 60er- oder 70er-Geschwindigkeit angenommen hat, während am Nachbartisch ein anderer Zeitnehmer nur 30er- oder 40er-Geschwindigkeit feststellt. Aus dieser durch nichts gerechtfertigten Latsche ergibt sich, daß die Arbeit des einen Tisches, am anderen Tisch durchgeführt, erheblich mehr Lohn bringt als am ersteren. Praktisch ist dies wiederholt in Erscheinung getreten. An derselben Arbeitsstelle werden den Arbeitern je Tag 20 B-Werte gutgeschrieben, weil durch die Einführung des Bedaur-Systems höhere Arbeitsleistungen notwendig geworden sind. Die Spezifikationsabteilung hat den Arbeitern diese 20 B-Werte abgezogen, und nur einige Arbeiter, die sich dagegen zur Wehr setzten, sind im Besitz der 20 B-Werte geblieben.

Bei zweifelhaften Orders sind die Arbeiter gezwungen, sich Klarheit über die Orders im Büro zu verschaffen. Der dazu notwendige Weg ist ebenfalls mit entsprechenden B-Werten eingeseht worden. Auch diese B-Werte sind von der Spezifikationsabteilung zum größten Teil beseitigt worden, weil sie als sogenannte unproduktive Werte die Betriebsabteilung belasten. Außerdem wird geklagt, daß in der betreffenden Abteilung erhebliche Abzüge gemacht wurden, wo bestimmte Orders an verschiedenen Tischen erledigt werden müssen. Die Spezifikationsabteilung hat herausgefunden, daß die Tische zu weit aneinander stehen und die dadurch verlorengelassene Zeit eingespart werden kann, wenn die Tische möglichst nahe zusammengedrückt werden. Dieser „technischen Änderung“ folgt selbstverständlich die Streichung der für diese kurzen Wege eingesehten B-Werte. Die gestrichenen B-Werte können durch die wenigen an einem Tage ersparten Schritte nicht entfernt eingeholt werden. Dagegen haben die Arbeiter aber erheblichen Schaden durch die Zusammenrückung der Tische, denn bei größeren Orders werden sie von massenhaft auf den Tischen gelagerter Material an der Arbeit behindert, wodurch eine weitere Schädigung eintritt.

Die aufgeführten Tatsachen mögen dem Außenstehenden als kleinlich erscheinen. Für die Arbeiter haben sie aber eine große Bedeutung, denn das ganze Bedaur-System setzt sich ja nur aus Kleinlichkeiten zusammen. Da die Arbeiter in der jetzigen Wirtschaftskrise um ihre Arbeitsstelle besorgt sind, lassen sie diese Verschlechterungen zähneknirschend über sich ergehen, auf bessere Zeiten wartend, wo sie den Fluch des Bedaur-Systems abschütteln können. Dieser verhälfene Woll, der der Betriebsleitung nicht unbekannt ist, wird von ihr so ausgelegt, als ob sich das Bedaur-System reibungslos in den Betrieben vollzieht. Es ist eben bei den Vertretern des Bedaur-Systems alles Theater. Real ist nur die fortgesetzte Lohnsenkung durch alle nur denkbaren Schikanen, die in der jetzigen Wirtschaftskrise von der Arbeiterschaft nicht abgewehrt werden können. Es muß aber immer wieder in der Öffentlichkeit nachgewiesen werden, daß die B-Werte, die als feststehende Arbeitsgrößen unwandelbar sein sollen, häufig geändert, mehr noch für ganze Gruppen, wie im obigen Beispiel angegeben, einfach abgezogen werden. G. Haupt.

Preisabbau in der Gummiindustrie.

Nach mehrmonatiger Dauer haben die Verhandlungen in der Gummiindustrie, die einen Preisabbau bezweckten, ihr Ende erreicht. Die Absatzorganisation der Gummiprodukte, namentlich die Erzeugnisse der Reifenindustrie, sind in den letzten Jahren wiederholt Gegenstand der Auseinandersetzung zwischen Erzeugern und Absatzorganisationen gewesen. Mit Recht ist unzählige Male auf die zweifelhafte Rolle des Händlertums in der Reifenbranche hingewiesen worden, das einen erheblichen Anteil am Verkaufspreis für Reifen jeder Art als Gewinn in die eigene Tasche fließen ließ. Auch wenn von den Händlern auf ihre besondere Risikostellung im Reifenabsatz hingewiesen worden ist, so haben sie in den vergangenen Jahren doch in einem Maße Anteil am Erlös der Gummiwaren gehabt, das mit ihrem volkswirtschaftlichen Werte durchaus nicht in Einklang zu bringen war.

Das Ergebnis der abgeschlossenen Verhandlungen ist ein sogenannter Rahmenvertrag zwischen Gummiherstellern und Händlern, der auf der einen Seite eine bedeutende Stärkung der Händler bringen soll, auf der anderen Seite aber ihnen den seitherigen Preisfuß, entzieht. Der neue Vertrag soll sich auf dem Grundsatz vollkommener Marktfreiheit aufbauen, er soll weder die Preise an sich noch die Preisspannen regeln, dürfte also in seiner Art ein lockeres Abkommen sein.

Während in den vergangenen Jahren in der Reifenindustrie von der Erzeugung bis zum Händler geradezu diktatorische Bindungen in der Preisfrage bestanden haben, trat während der letzten Jahre bei den verschiedenen Erneuerungen des Vertrages eine fortschreitende Lockerung der Bestimmungen auf. Während ursprünglich Händler, Importeure und Fabrikanten gemeinsam beteiligt waren, sah die letzte Gummireifenkonvention des Jahres 1930 nur noch eine Vereinbarung zwischen Fabrikanten und Importeuren vor, den Händlern war bereits vollkommen freie Hand gelassen. Zwischen ihnen und den Erzeugern bestanden Einzelverträge, deren Bestimmungen jedoch nicht immer eingehalten wurden. An und für sich haben die Händler im neuen Vertrag eine Stärkung ihrer Position erreicht, ob zum Nutzen der Wirtschaft, ist fraglich.



Deine Maschine ist heute noch genau so gefährlich wie an dem Tage, als du zum erstenmal vor ihr standest. Laß diesen Eindruck durch die Gewöhnung nicht ganz verschwinden und laß nicht nach in deiner Unachtsamkeit auf die Gefahren! Auch die kleinste Ablenkung deiner Aufmerksamkeit kann schwerste Folgen nach sich ziehen. Es braucht nicht immer ein anderer daran schuld zu sein, auch wenn ohne Zutun eines anderen deine Gedanken von der Arbeit abgelenkt, kann eine Sekunde oder auch nur der Bruchteil einer Sekunde, in der du ermüdet oder nicht ganz bei der Arbeit bist, deine Gesundheit wieder kosten.

Seither haben die großen Gummiabriken unter Umgehung des Händlertums an große Kommunen, an den Staat, an große Industrieunternehmen, wie z. B. die I. G. Farbenindustrie, ihre Erzeugnisse direkt geliefert. Durch den neuen Vertrag wird die Machtposition der Händler dadurch gestärkt, daß eine Reihe von Verbrauchergruppen, die bisher unter die direkte Belieferung fielen, nunmehr nur noch durch den Händler beliefert werden dürfen. Die Händler sind bestrebt, ihre Stellung im Reifenhandel dadurch zu behaupten, daß sie in diktatorischer Weise die Zulassung neuer Konkurrenten auf die Weise auszuschalten versuchen, daß eine durch Industrielle und Händler gebildete Kommission darüber entscheidet, ob die Belieferung an neue Handelsfirmen erfolgen darf.

Vollständige Freigabe der Preise im Einzelhandel ist das Hauptmerkmal des neuen Vertrages. Die von den Großfirmen herausgegebenen Preislisten sollen nur Richtpreise enthalten. Dem Händler ist zukünftig freier Spielraum gelassen. Sein Gewinn besteht nach wie vor aus dem regulären Rechnungsrabatt und dem Bonus, der nach den neuen Bestimmungen zwischen Händler und Fabrik festgesetzt wird. Die Continental Gummiwerke AG., Hannover, haben ihre neue Preisliste bereits veröffentlicht, aus der folgende Preisermäßigungen zu ersehen sind: Für Autoluffreifen 8 bis 15 Prozent, für Elastik-Vollgummireifen 25 Prozent, Fahrradreifenpreise sind bis zu 15 Prozent herabgesetzt worden, Motorradreifen 15 bis 20 Prozent. Dabei ist interessant, festzustellen, daß die Reifen größerer Abmessung prozentual an der Preisermäßigung stärker beteiligt sind, worin zum Ausdruck kommt, daß infolge eines erheblich größeren Anteils an Rohmaterialien, die bedeutend im Preise gefallen sind, eine stärkere Produktionsverbilligung eintrat.

Die Preisermäßigungen in der Gummiindustrie erscheinen für den ersten Augenblick als eine Maßnahme von erheblicher Bedeutung. Bei näherer Nachprüfung erkennt man jedoch, daß diese Preisermäßigungen bereits zu einem viel früheren Zeitpunkt hätten eintreten können, wenn man das rapide Sinken der Rohstoffpreise, für Gummi, Baumwolle usw. in Betracht zieht. Da in der deutschen Reifenindustrie, die heute zum größten Teil in den Großbetrieben des Gummistrasses, bei Dunlop und anderen Großfirmen konzentriert ist, die Rationalisierung bis auf's Äußerste gesteigert ist und die Arbeitsleistung auf das Doppelte der Friedensproduktion und mehr gesteigert wurde, wäre auch hier eine Preisverbilligung ohne finanziellen Schaden der Firmen möglich gewesen. Wir sind der Auffassung, daß auch zu den gegenwärtigen Preisen, trotz der Preissenkung, die Wirtschaftslage der Gummiindustrie als den Verhältnissen entsprechend günstig zu bezeichnen ist. Die Geschäftslage der Gummiindustrie wird von dieser selbst, namentlich von den Großbetrieben, für das abgelaufene Geschäftsjahr 1930 durchschnittlich als nicht unbefriedigend angegeben. Die Ausfuhr konnte gesteigert werden.

Sollten die Meldungen einzelner Tageszeitungen zutreffen, daß infolge der neuen Preisgestaltung in der Gummiindustrie ein heftiger Preiskampf unter den Händlern eintritt, so kann das für die Allgemeinheit kein Schaden sein. Wenn durch den Preisabbau ein erhöhter Umsatz erzielt wird, so wäre dies auch im Interesse der Gummiarbeiterschaft zu begründen. Für die Unternehmer in der Gummiindustrie bedeutet der Preisabbau zunächst eine Verringerung ihrer Einnahmen. Trotz der Bilanz der letzten Jahre, soweit sie aus der Gummiindustrie vorliegen, beweisen, daß ansehnliche Gewinne herausgearbeitet wurden und daneben erhebliche Rücklagen gemacht werden konnten, wird den allgemeinen kapitalistischen Tendenzen entsprechend der Versuch gemacht werden, durch noch schärfere Ausnutzung der menschlichen Arbeitskraft die Gewinne zu vergrößern. Eines der wichtigsten Hilfsmittel in diesem Bestreben der Unternehmer ist namentlich in den Betrieben des Gummistrasses das Bedaur-System, das in der letzten Zeit zu einem immer schärferen Instrument zur Ausbeutung der Arbeiter ausgestaltet wurde. R. Segerer.

Was ist K₂O?

Diese Formel, die in allen Rechnungsberichten über Absatz von Kalisalzen usw. auftaucht, soll hier kurz erläutert werden. K₂O ist die im allgemeinen Gebrauch angewendete Formel für reines Kali. Was als Kalidüngesalz behandelt wird, ist nicht etwa reines Kali, sondern nur insoweit, als rechnerisch bestimmte Teile K₂O darin enthalten sind. K = Kalium, O = Sauerstoff (Sauerstoff). Wenn man also sagt, Sphälin hat einen Kaligehalt von etwa 20 Prozent, so heißt das eigentlich, wenn im Sphälin das Kalium nicht an Chlor, sondern an Sauerstoff gebunden wäre, dann würden darin 20 Prozent Reinkali enthalten sein.

Die schwefelsauren Salze werden neben ihrem Gehalt an K₂O noch mit ihrem Gehalt an S = Sulfur (Schwefel) bezeichnet. Diesem ist also Kalium an Sauerstoff und Schwefel gebunden.

Die Kalisalze müssen nun zum Zwecke der Abrechnung der Kalisynndikats mit den Werken und wichtiger volkswirtschaftlicher Statistiken vergleichbar gemacht werden. Um diese Berechnungen vornehmen zu können, werden alle Kalisalze auf einen allgemeinen Bestandteil zurückgebracht. Das ist K₂O oder Reinkali. Also unabhängig von der sonstigen Zusammenfassung wird nur das in den Salzen enthaltene Kali berücksichtigt. Dies ist ziemlich einfach, wenn die Salze nach K₂O-Gehalt bezeichnet sind. z. B. Kalidüngesalz mit 20 Prozent K₂O. Das ist Düngesalz mit 20 Prozent reinem Kali. In einem Doppelzentner (100 Kilogramm) von diesem Salz sind demnach 20 Kilogramm Reinkali enthalten. Zu einem Doppelzentner Reinkali gehören dementsprechend fünf Doppelzentner zwanzigprozentiges Kalidüngesalz. Genau so erfolgt die Umrechnung bei den anderen Salzen, deren K₂O-Gehalt angegeben ist. Schwieriger wird dieses aber beim Chlorkalium und beim schwefelsauren Kali. Hier muß man noch die chemischen Äquivalenzahlen kennen. Das sind Zahlen, mit denen die betreffenden Mengen Chlorkalium oder schwefelsaures Kali multipliziert werden müssen. Das Prozentverhältnis von K₂O (Reinkali) zu KCl (Chlorkalium) ist immer 5:8, während es bei K₂SO₄ (schwefelsaures Kali) 5:9 beträgt. Rund gerechnet sind also $\frac{5}{8}$ Chlorkalium = 1 Reinkali und $\frac{5}{9}$ schwefelsaures Kali ebenfalls 1 Reinkali. Hat man also 100 Kilogramm 80prozentiges Chlorkalium = 80 Kilogramm reines Chlorkalium, so ergibt sich durch Multiplikation mit dem Chlorkaliumfaktor 80mal $\frac{5}{8}$ = 50 Kilogramm Reinkali; oder beim 90prozentigen schwefelsauren Kali 100 Kilogramm 90prozentiges schwefelsaures Kali = 90 Kilogramm schwefelsaures Kali, insgedessen 90mal $\frac{5}{9}$ = 50 Kilogramm Reinkali. Auf eine ganz einfache Formel gebracht, erfolgt die Umrechnung der beiden Standardmarken 80prozentiges Chlorkalium und 90prozentiges schwefelsaures Kali durch Dividieren ihrer Mengen mit 2.

Wenn in den Berichten des Kalisynndikats über den Absatz von Kalisalzen gesagt wird, der Absatz betrug im Monat 1 Million Doppelzentner Reinkali, so ist das entweder eine effektive Menge von 8 Millionen Doppelzentner Hartfals mit 12,5 % K₂O, 5 Millionen Doppelzentner Düngesalz mit 20 Prozent K₂O, 2,5 Millionen Doppelzentner Kalidüngesalz mit 40 Prozent K₂O, 2 Millionen Doppelzentner 80prozentiges Chlorkalium, 2 Millionen Doppelzentner schwefelsaures Kali oder eine bestimmte Menge von jeder Salzart, aus welcher sich durch Addition die vorstehend genannte Menge K₂O ergibt.

Demnach ist 1 Doppelzentner K₂O enthalten in etwa:

- 11 dz, genau 11,11 dz, Karnalit mit 9% K₂O
 - 8 1/2 dz, genau 8,33 dz, Karnit-Hartfals mit 12% K₂O
 - 5 dz, genau 5,00 dz, Düngesalz mit 20% K₂O
 - 3 1/2 dz, genau 3,33 dz, Düngesalz mit 30% K₂O
 - 2 1/2 dz, genau 2,50 dz, Düngesalz mit 40% K₂O
 - 2 dz, genau 1,97 dz, Chlorkalium mit 80% KCl
 - 2 dz, genau 2,03 dz, schwefelsaures Kali mit 90% K₂SO₄
 - 4 dz, genau 3,82 dz, kalz. schwefels. Kalimagnes. m. 48% K₂SO₄
 - 4 1/2 dz, genau 4,62 dz, krist. schwefels. Kalimagnes. m. 40% K₂SO₄
- Hierauf sind auf Grund gesetzlicher Bestimmungen auch die Empfänger- bzw. Verbraucherproben zu vollziehen, die zum Schutze der Verbraucher eingeführt sind.

Der Absatz des Kalisynndikats im Jahre 1930.

Der Absatz des Deutschen Kalisynndikats, G. m. b. H., im Jahre 1930 war in den einzelnen Monaten wie folgt:

Monat	Doppelzentner Reinkali
Januar	1 860 098
Februar	2 027 106
März	1 874 869
April	797 476
Mai	771 932
Juni	956 676
Juli	938 591
August	987 223
September	1 276 597
Oktober	716 599
November	548 717
Dezember	806 991

insgesamt 13 562 875 Doppelzentner Reinkali

Der Gesamtabsatz beträgt also 13 562 875 Doppelzentner Reinkali. Im Jahre 1929 wurden insgesamt 14 014 058 Doppelzentner abgesetzt. Mithin im Jahre 1930 weniger 449 183 Doppelzentner = 3,30 Prozent.

Der Rückwärtsabsatz entfällt zum größten Teil auf das Inland. Derselbe hat seinen Grund in der Notlage der Landwirtschaft.

Als größter Einzelabnehmer kommt wieder die I. G. Farbenindustrie in Betracht, welche auch im Jahre 1930 wieder rund eine Million Doppelzentner Reinkali vom Kalisynndikat bezogen hat.

Während die Industrie die Krise verhältnismäßig gut überstanden hat und die gleichen Dividenden zahlen konnte wie im Vorjahr, sieht es für die Arbeiter böse aus. Feierschichten sind auf allen Werken eingeführt. Die überfüllten Kalllager lassen nur schwer die Hoffnung aufkommen, daß es bald besser werden wird.

Papier-Industrie

Lohnsenkung und Preisabbau.

Lachen ist selbst in den heutigen so ernsten Zeiten gesund, womit nicht gesagt ist, daß auch die zum Lachen reizenden Ideen gesund sind. Lachen muß man, wenn man den Ideenangst (Stopp! heißt halt!), seines Zeichens Fabrikvertreter in Berlin, in der „Papierzeitung“ Nr. 100 zum besten gibt. Zu Anfang seines Artikels heißt es: „Man hört oft den Vorwurf, man hätte am 15. November 1923 nicht nur die Münze stabilisieren sollen, sondern auch ihre Kaufkraft, mit anderen Worten, man hätte 100 Rentenpfennig 1924 dieselbe Kaufkraft geben sollen, die 1913 100 Goldpfennig hatten.“

Herr Stopp sagt uns nun zwar nicht, wie dieses hätte gemacht werden sollen. Es bleibt zunächst noch sein Geheimnis. Aber gerade dadurch eignet er sich zweifellos ganz außerordentlich zum Finanzminister in einer künftigen nationalsozialistischen Reichsregierung.

Auf demselben Niveau steht seine weitere Behauptung, daß dieses Problem nur am Widerstand der Gewerkschaften gescheitert sei, da diese die Löhne diktierten wollten und damit eine Angleichung der Preise an Vorkriegsverhältnisse unmöglich gemacht hätten. Herr Stopp scheint auf dem Gebiete der Lohnregelung nicht Bescheid zu wissen, sonst müßte ihm bekannt sein, daß das deutsche Unternehmertum bereits seit 1919 nur von seiner „Substanz“ lebt. Daß diese Substanz bis heute noch nicht ausweglos ist, dürfte wahrlich kaum auf das Lohndiktat der Gewerkschaften zurückzuführen sein.

Man kann man zwar sonst ein sehr tüchtiger Kerl sein und braucht deswegen doch von Lohnbewegungen nichts zu verstehen. So scheint es auch Herrn Stopp zu gehen, sonst könnte er nicht behaupten, daß man es auf Gewerkschaftsseite eingesehen hätte, daß der Lohn nicht diktiert, sondern wie eine Ware ausgehandelt werden müsse, und daß die Arbeitnehmer die Streitpunkte mit den Unternehmern als geschäftliche Konflikte zu betrachten hätten, wie sie im Verkehr zwischen Käufer und Verkäufer vorkommen. Diese Neugierde des Herrn Stopp ist seit Bestehen der Gewerkschaften bereits Lausache, nur mit dem Unterschied, daß im Geschäftsleben die Unternehmer sich immer noch von einer ausländischeren Seite zeigen als bei der Aushandlung der Löhne.

Herr Stopp behauptet dann weiter, daß die hohen Löhne und Tribute in den letzten Jahren Kapitalabflüsse, hohe Steuern, hohe Zinsen und Kapitalmangel gezeitigt hätten. Was ist nicht recht verständlich, wie durch hohe Löhne Kapitalabflüsse und hohe Steuern, dazu sogar noch hohe Zinsen und Kapitalmangel hervorgerufen werden sollen. Nach dieser volkswirtschaftlichen Glanzleistung müssen wir annehmen, daß Herr Stopp vollkommen unbekannt ist, daß die Löhne der Arbeiter und Angestellten verkonsumiert werden und im Lande bleiben, nicht aber nach dem Ausland abfließen. Herr Stopp scheint weiterhin nicht bekannt zu sein, daß der Kapitalmangel in erster Linie eine Folge des im Kriege sinn- und nutzlos verpulverten Volkvermögens ist. Es scheint ihm weiterhin nicht bekannt zu sein, daß der Kapitalmangel in Deutschland verschärft wurde durch eine ungeheure Kapitalflucht aus Angst der Kapitalbesitzer vor den Steuerleistungen an den Staat, den gerade diese Herrschaften sonst recht gern als Hilfe anrufen, und ferner scheint ihm nicht bekannt zu sein, daß in Deutschland, und zwar als Ursache der von Herrn Stopp gepriesenen Nationalisierung, recht beträchtliche Kapitalmengen falsch investiert wurden. Daß nach einer solchen volkswirtschaftlichen Karriereschrei, wie sie Herr Stopp betreibt, dieser im Lohnabbau das einzige Alibi-Mittel zur Überwindung unserer Wirtschaftsnöte sieht, ist kein Wunder. Der Herr Fabrikvertreter vergißt nur, daß die großen Volksmassen, denen Lohn und Gehalt abgehaut wird, die Abnehmer seiner Waren sind, und daß sie infolge der durch Lohnabbau geschwächten Kaufkraft wahrscheinlich Herrn Stopp in der Zukunft auf einem größeren Teil seiner Warenposten sitzen werden.

Herr Stopp weiß dann auch die Hauptversammlung des Arbeitgeberverbandes der deutschen Papiererzeugungsindustrie der Gruppe Sachsen hin, wo der Lohnabbau als die einzige Möglichkeit bezeichnet wurde, die Preise wettbewerbsfähig zu machen. Dabei soll der Syndikus der sächsischen Papiererzeugungsindustrie, Herr Dr. Schuchardt, die kahle Behauptung aufgestellt haben, daß man nicht zu hoch greift, wenn man annimmt, daß der Lohn mindestens 75 Prozent der Kosten des Fertigproduktes ausmacht. Bei dieser Feststellung soll Herr Schuchardt darauf hingewiesen haben, daß man nicht an den unmittelbaren Lohn denken dürfe, der in einzelnen Betrieben im Lohnkonto erscheint, sondern an alle Lohnposten, die bei der Herstellung von Rohstoff bis zum Fertigfabrikat entstehen.

Wenn diese Rechnung richtig wäre, dann dürften z. B. die Rohstoffe in der Papiererzeugungsindustrie, wie Holz, Kohle, Öl, Schwefelsäure, die Rohmaterialien zur Färb- und Siebherstellung usw., überhaupt nichts kosten, denn den Rest von 25 Prozent haben mindestens die Unternehmer als Gewinn in diesen Fabriken geschöpft, und in das 75prozentige Lohnkonto würden dann immerhin noch die Kieferngeländer der Direktoren und wahrscheinlich auch noch die zum Teil ungeheuerlichen Leistungen der Aufsichtsratsmitglieder einkalkuliert sein. Damit ist aber auch der volkswirtschaftliche Nutzen blassgestellt, der in der Behauptung liegt, daß der Lohn 75 Prozent der Kosten des Fertigproduktes ausmache. Darüber hinaus müßten, wenn diese Rechnung stimmen sollte, die Herren Unternehmer ihren Grund und Boden, ihre Fabrikgelände und ihre Werkzeugschuppen noch geschont bekommen haben. Wo dazu noch die Kapitalverzinsung

bleibt, die doch gewiß nicht als Lohn gebucht werden kann, bleibt wiederum ein Geheimnis der Herren Stopp und Schuchardt.

Wenn Herr Dr. Schuchardt wirklich behauptet haben sollte, daß die Papierpreise „um etwa 10 Prozent heruntergedrückt worden seien“, so hätte er allerdings die Pflicht, auch darauf hinzuweisen, daß die Holzpreise um 30 Prozent, die Kohlenpreise um 6 Prozent, die Preise für alle übrigen Hilfsstoffe der Papiererzeugungsindustrie um mindestens 20 Prozent gesunken sind und daß dadurch das Sinken der Papierpreise um 10 Prozent nicht nur gedeckt ist, sondern praktisch die Unternehmer dabei noch ein Geschäft machen.

Wenn Herr Dr. Stopp die Frage stellt: „Was verspricht man sich von diesem grundlosen Herunterhauen der Preise, will man damit zu größerem Verzicht anregen?“ und diese Frage folgendermaßen gleich selbst beantwortet: „Dann dürften die Anstrengungen verfehlt sein, denn der Verbrauch ist nicht um ein Kilo größer geworden!“ so kennzeichnet damit Herr Stopp den Unfug des Preisabbaues viel schärfer, als wir es vermögen. Herr Dr. Stopp ist sich anscheinend nur darüber noch nicht klar, daß ein auf der ganzen Linie durchgeführter Lohn- und Gehaltsabbau die Kaufkraft des deutschen Volkes noch mehr schwächt und daß infolgedessen es erst recht nicht möglich ist, einen größeren Verbrauch herbeizuführen. Darin aber liegt gerade der volkswirtschaftliche Unfug, der von den Unternehmern mit der Lohnabbauparole getrieben wird.

Verraten

haben dich nicht keine Führer in der Gewerkschaft, Kollege, als sie dir unter Würdigung der schlimmen Wirtschaftslage von einem aussichtslosen Streik abrietzen. Die freien Gewerkschaften scheuen einen Kampf nicht, auch dann nicht, wenn er schwere Opfer erfordert. Aber verraten haben dich die ganz und richtig revolutionären Anhänger der RGO, als sie dich in einen vollkommen aussichtslosen Streik besten

und

dich nun ohne jede Hilfe und Unterstützung auf der Straße liegen lassen, während deine Kollegen unter viel schlechteren Bedingungen in den Betrieben zurückkehren mußten, als sie deine alten bewährten, aber „reformistischen“ Führer hätten abschließen können, wenn du nicht den Verlockungen der RGO gefolgt wärest. Geh' nicht zur RGO, die dir nicht die geringste Unterstützung geben kann, die auch nicht den allerkleinsten Erfolg aufweisen kann, geh' auch nicht zu den Nazis, den Trabanten des Kapitals. Bei ihnen bist du verraten und

verkauft!

Obwohl wir sonst nicht gefällig sind, wünschen wir im vorliegenden Falle doch, daß Herr Stopp infolge des Lohnabbaues in den nächsten Jahren kein Kilo Papier mehr verkauft, damit er wenigstens die Gefühle der Arbeitnehmerschaft kennen lernt, wenn er mit ihnen gezwungen wird, gemeinsam am Hungertuche zu nagen. Auf seine volkswirtschaftlichen Kenntnisse dürfte eine derartige Hungerkur kaum Einfluß haben, immerhin aber dürfte sie den Zweck erfüllen, daß er in Zukunft die Parolen der Vereinigung Deutscher Arbeitgebetverbände nicht mehr ganz gedankenlos nachbetet.

G. Stähler.

Die RGO baut Tarifverträge.

I.

In Nr. 3 des „Klassenkampfes“ vom 5. Januar 1931 veröffentlicht die von der RGO gegründete RGO den Entwurf eines Rahmenvertrages für die deutsche Papiererzeugungsindustrie.

§ 1 bestimmt, daß dieser Vertrag das Arbeitsverhältnis aller Arbeiter und Arbeiterinnen einheitlich für das ganze Reich regelt, die in der Papier-, Pappen-, Zellstoff- und Holzstoffindustrie tätig sind. Dieser Paragraph befaßt also nichts anderes als Art. 1 § 1 des bisherigen Gesamtarbeitsvertrages (GAV).

§ 2, der an Stelle unseres § 3 GAV treten soll, bestimmt, daß die bisherige Unterteilung in besondere Tarifklassen fortfällt. Damit hätten also die Arbeitgeber das Recht, sowohl Ortsklassen als auch Lohngruppen in beliebiger Anzahl zu schaffen, denn praktisch läßt die Bestimmung darauf hinaus, daß die Löhne in jedem Betrieb besonders und anders geregelt werden können.

§ 3 behandelt die Arbeitszeit und soll § 2 GAV ersetzen. Deswegen an eigenem Gehirn schmalz hat man hier die Forderung des GAV, nach der 48-Stunden-Woche übernommen und bestimmt im ersten Satz, daß die Arbeitszeit 40 Stunden in der Woche nicht überschreiten darf. Diese Forderung klingt sehr energiegel, besonders wenn sie mit dem ersten Satz zu § 15 in Verbindung gebracht wird, der besagt, daß Überstunden unzulässig sind. Anscheinend hat man sich aber daran erinnert, daß auch in Rußland weder von der 48-Stunden-Woche die Rede sein kann, noch daß Überstunden dort nicht geschieden werden, und infolgedessen hat man dem § 15 sofort einen zweiten Satz mit folgendem Wortlaut hinzugefügt: „Sind sie demnach notwendig, bei Abwendung von Gefahren für Leben und Gesundheit der Arbeiter, so ist für jede geleistete Überstunde ein Zuschlag von 25 Prozent für die erste und zweite Überstunde und darüber hinaus für jede weitere geleistete Überstunde 30 Prozent Zuschlag zu zahlen.“

Sehen wir von der Höhe des Überstundenzuschlages ab, der zum Teil — aber auch nur zum Teil — über die Bestimmungen des § 4 GAV hinausgeht, so dürften die geistigen Väter der jetzigen Arbeitszeitverordnung ihre Freude an diesem Nachwerk haben, denn praktisch läßt die RGO jede Arbeitszeit in unbegrenzter Höhe zu, sie wagt nur mit der Abwendung der Gefahren für Leben und Gesundheit der Arbeitnehmer begründet werden können. Wir wählen mal den Arbeitgeber sehen, der nicht in der Lage wäre, zu beweisen, daß z. B. das Verlassen des Dampfkessels, von Kochapparaten und verschiedenen anderen Apparaten und Maschinen mit Leben und Gesundheit nicht nur für die Arbeiterschaft in Betrieben, sondern selbst für die in unmittelbarer Nähe des Betriebes wohnenden Arbeitnehmer verbunden wäre. Die geistigen Urheber haben es natürlich vergessen, einen Katalog anzusetzen, in welchen Fällen nach ihrer Auffassung Gefahren für Leben und Gesundheit der Arbeitnehmer verbunden sind. Diese gewerkschaftliche Trübsal wird nicht dadurch behoben, daß man gleichzeitig weiter bestimmt, daß die Festsetzung

ob und in welchen Fällen Überstunden zulässig sind, durch die Betriebsvertretung (Betriebsräte und Vertrauensleute) bestimmt wird. Diese Einschaltung ist natürlich nur eine agitatorische Phrase. Nachdem in Rußland nicht nur die Betriebsräte, sondern sogar die roten Gewerkschaften in Betrieben weniger zu sagen haben als in jedem anderen Lande der Welt, glauben die Gewerkschaftsstrategen der RGO, doch selbst nicht daran, daß es in Deutschland eine Regierung gibt, und selbst, wenn sie kommunistisch sein würde und sämtliche Produktionsmittel verstaatlicht wären, die der RGO zugestehen würde, daß über solche zur Aufrechterhaltung des Betriebes notwendige Fragen nur die Parteifunktionäre zu bestimmen hätten.

Wir müssen zu § 3 zurückkehren. Die 40stündige wöchentliche Arbeitszeit soll aufgeteilt werden in täglich 7 Stunden und Sonnabends sowie an den Vorabenden von Feiertagen auf 5 Stunden. Jugendliche und Lehrlinge unter 18 Jahren sollen täglich 6 Stunden und Sonnabends 5 Stunden beschäftigt werden. Da selbst in Rußland Frauen und Kinder während der Nachschicht beschäftigt werden dürfen, glaubt die RGO, doch selbst nicht, daß es ihr gelingen würde, in Deutschland diese Forderungen durchzuführen, so berechtigt sie im Interesse der Jugendlichen und Lehrlinge auch sein würden.

Wird die Arbeitsleistung infolge technischer und organisatorischer Veränderungen gesteigert, so tritt eine entsprechende Verkürzung der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich ein. Zur Durchführung dieser Maßnahme soll die Betriebsvertretung die notwendige Einsicht in die Produktion nehmen. Das sind natürlich ebenfalls nur schöne agitatorische Phrasen. Nachdem in der Mehrzahl der Betriebe in der russischen Papiererzeugungsindustrie die 12stündige Arbeitszeit noch herrscht und die Betriebsräte in der Betriebsführung überhaupt nichts zu sagen haben, glaubt die RGO, ja selbst nicht daran, daß diese Forderung in einem rein kapitalistischen Staate mit vorherrschender Privatwirtschaft durchgeführt werden kann.

Die Betriebsvertretung und in Spezialfällen eine besondere von der Belegschaft gewählte Kommission soll auf Grund gemeinsamer Beschlüsse mit der Belegschaft das Maß der Verkürzung der Arbeitszeit bestimmen. Wir sind gern bereit, diese Parole aufzunehmen, wenn man uns nachweist, daß sie in Rußland bereits durchgeführt ist. Dabei geben wir uns der Hoffnung hin, daß in die Betriebsvertretung und in die Spezialkommission nicht Arbeiter gewählt werden, die ihr Gehirnschmalz aus der kommunistischen Gehirne beziehen, denn in Rußland ist das System der Betriebsräte längst abgeschafft, weil das kommunistische Hirnschmalz zur Lösung von betriebstechnischen Problemen sich als untauglich erwiesen hat.

Vielleicht erklärt sich die RGO, bereit, an dieser Stelle ihres Entwurfes noch folgende Forderungen aufzunehmen:

„Jede Einstellung und jede Entlassung von Arbeitnehmern erfolgt durch die Parteifunktionäre der RGO. Betriebsleiter und Betriebsvertrauensleute können nur eingeschriebene Mitglieder der RGO werden, die mindestens einen Gewerkschaftsbund, Reichsbannermann oder sonstigen Sozialfachmann um die Ecke gebracht haben. Mitglieder der RGO, die früher Nationalsozialisten waren oder sich als Einbrecher oder Räuber bewährt haben, werden bei der Besetzung von Direktorenposten bevorzugt.“ Wir können uns sehr gut vorstellen, daß der Räuberhauptmann Max Holz oder der Räuber Margies als Generaldirektoren eines der größeren Konzerne den kommunistischen Wirtschaftsläden ausgezeichnet schmeißen würden.

Für kontinuierliche Betriebe soll das Mehrschichtsystem mit 6stündiger Arbeitszeit eingeführt werden. Nach kommunistischen Begriffen nimmt sich diese Forderung sehr schäbig aus, da sie bereits von den „Sozialfachmann“ wiederholt erhoben wurde. Neu ist nur, daß zur Durchführung des reibungslosen Schichtwechsels eine Reservekraft einzulegen ist. Das würde also bedeuten, daß die Arbeiter des kontinuierlichen Betriebes alle vier Wochen eine Schicht mehr zu versehen haben, denn anders kann der Ausdruck Reservekraft nicht verstanden werden. Diese Forderung widerspricht aber dem § 15, nach dem Überstunden bekanntlich unzulässig sein sollen.

Wenn schon in den kontinuierlichen Betrieben für die Schichtarbeiter die 8-Stunden-Schicht vorgeschrieben werden soll, dann nimmt sich die nächste Forderung recht schäbig aus, wenn man in Betrieben mit gesundheitsgefährdender Produktion gleichfalls eine tägliche 6stündige Arbeitszeit fordert. Dabei soll die Forderung, ob eine Gesundheitsgefährdung im Betriebe vorliegt, nicht etwa durch einen wissenschaftlich vorgebildeten Arzt geprüft werden, sondern sie wird einfach von der Betriebsvertretung auf Grund von Beschlüssen gemeinsam mit der Belegschaft bestimmt. Wir können uns vorstellen, daß der Urheber dieser Forderungen auf Grund seiner anomalen geistigen Veranlagung der einzige RGO-Funktionär ist, der diese Forderungen auf Grund wissenschaftlicher Überzeugung begründen könnte. Wir befürchten nur, wenn er diese Forderungen in Rußland stellt, daß ihn Wärschen Stalin dann sein Leben lang ins Irrenhaus stecken läßt oder, um bei der Hungersnot in Rußland die Verpflegung zu sparen, ihn als abschreckendes Beispiel an dem nächsten Laternenpfahl aufknüpfen läßt.

Weiter wird bestimmt, daß die Einteilung der Arbeitszeit und die Festsetzung der Pausen mit dem Arbeiterrat zu vereinbaren sind. Hier tritt also zum ersten Male der Arbeiterrat in Tätigkeit. Demnach sollen kommunistische Vertreter sein: Betriebsräte, Vertrauensleute und Arbeiterräte.

Sodann wird bestimmt, daß vor jeder Pause und vor Beendigung der Arbeitszeit dem Arbeiter eine Wäschepause von fünf Minuten zu gewähren ist. Nachdem bisher die Betriebsleistung zu der ganzen Arbeitszeitfrage nichts zu sagen hatte, empfinden wir es direkt als Arbeiterverrat, daß ausgerechnet bei der Wäschepause eine längere Vereinbarung zwischen Arbeiterrat und Betriebsleitung getroffen werden kann. Die letzte Forderung zu § 3 lautet, daß die durch Betriebsführung irgendwelcher Art verfallene Arbeitszeit vom Unternehmer in voller Höhe zu bezahlen ist. Nachdem in Rußland Techniker und Ingenieure, Werkführer und besonders eingearbeitete ausländische Facharbeiter wegen Betriebsabotage zum Tode verurteilt werden, hätte man erwarten können, daß diese Bestimmungen in der russischen Industrie zur Durchführung gelangt sind. Vielleicht stellt uns die RGO einen Tarifvertrag zur Verfügung, der derartige Bestimmungen enthält, damit wir zur Verwirklichung dieser Forderungen wenigstens die nötigen Unterlagen haben. Es ist nun einmal so in Deutschland, daß die kommunistischen Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre die Forderungen aussprechen, die die sozialistischen Gewerkschaftsbünde zu verwirklichen haben.

G. Stähler.

Die mitteldeutschen Papierarbeiter nehmen den Schiedspruch an.

Am 18. Januar waren in Leipzig die Betriebsräte der mitteldeutschen Papierindustrie zu einer Konferenz zusammengetreten, um dem Schiedspruch, den der mitteldeutsche Schlichter Herr Dr. Hauschild in dem Lohnstreit der Papierindustrie gefällt hatte, Stellung zu nehmen.

Kollege Schneider (Erfurt) erstattete den Bericht über die bisher geführten Verhandlungen. Die Unternehmer sind bei den wiederholt geführten Verhandlungen hartnäckig geblieben. Auch in Berlin vor dem Hauptarbeitsamt kam es zu keiner Einigung. Die Verhandlungen vor dem mitteldeutschen Schlichter fanden am 15. Januar in Leipzig statt. Die Lohnabbauforderungen wurden durch Herrn Dr. Breyer begründet. Er sagte zur Schluss: „Meine Herren, mit einigen Pfennigen Lohnabbau ist uns gar nicht geschulden, ein paar Mark in der Woche können uns nicht retten, es muß schon ein sehr wesentlicher und beachtlicher Anstieg der Löhne eintreten.“ Das zeigt uns, wohin die Unternehmer streben.

Die Verhandlungen vor dem Schlichter waren äußerst schwierig. Vor allem verlangten die Unternehmer einen Abbau der jetzigen Tariflöhne auf die Höhe der Löhne, die im Jahre 1927, also vor drei Jahren gezahlt wurden. Weiter verlangten sie einen radikalen Abbau der Zuschläge. Schließlich forderten sie noch einen besonderen zehnprozentigen Abbau für diejenigen Betriebe, die „minderwertige“ Papiere, Pappen, Schrenzpapiere usw. herstellen. Eben dasselbe forderten sie für die Handelsholzstoff-Schleifereien. Nach stundenlangen schwierigen Verhandlungen kam dann mit den Stimmen der Arbeitnehmer, für die allerdings unter Vorbehalt der Zustimmung der Funktionäre, ein Schiedsspruch zustande. Nach dem Schiedsspruch soll die Lohnrate vom Vorjahre (1929/30) wieder eingeleitet werden. Das bedeutet nicht einen Abbau der Löhne um 9 und 12 Pfennig die Stunde, wie ihn die Unternehmer forderten, sondern ein Abbau der Löhne um 4 Pfennig. Darüber hinaus steht aber der Schiedsspruch eine Neuregelung der Zuschläge vor, die für die meisten Papiermaschinenarbeiter in unserem Bezirk einen weiteren Abbau ihrer bisherigen Löhne um 2 bis 3 Pfennig die Stunde bringen. Schließlich bestimmt der Schiedsspruch, daß die Löhne in den Fabriken, die „minderwertige“ Papiere, Pappen, Schrenzpapiere und die Handelsholzstoff-Schleifereien um 2 Pfennig unter den übrigen Löhnen liegen sollen. Gegen den Willen unserer Vertreter wurde dann noch bestimmt, daß der Schiedsspruch vom 11. Januar an in Kraft gesetzt wird. Alles in allem also ein weitgehender Lohnabbau.

In der Diskussion sprachen fast sämtliche Betriebsräte. Mit Ausnahme des Kollegen Laßmann (Weissenfels) waren sie für Annahme des Schiedsspruches. Von allen Rednern wurde in außerordentlich scharfer Weise das verbrecherische Treiben der kommunistischen Partei und der RGO. gebrandmarkt. Diese Stellungnahme der Konferenz wurde auch schließlich in einer Resolution niedergelegt. Sie hat folgenden Wortlaut:

„Die am 18. Januar 1931 im Volkshaus zu Leipzig tagende Papierarbeiterkonferenz erkennt an, daß die Vertreter der Arbeitnehmer des Fabrikarbeiterverbandes in der Schlichtungsinstanz mit größter Energie die Interessen der Papierarbeiter vertreten haben.“

Das Ergebnis der Schlichterkammer unter dem Vorsitz des Herrn Dr. Hauschild befriedigt uns in keiner Weise. Die Entscheidung der Schlichterkammer befremdet insofern, als sie den Forderungen der Unternehmer in weitgehendem Maße Rechnung trägt, die volkswirtschaftliche Voraussetzungen aber vollkommen außer acht läßt.

Die Konferenz ist sich aber darüber klar, daß das unverantwortliche und wahnwitzige Treiben der RGO. durch ihre AGO-Gruppe, durch ihren wilden vorzeitigen Streik im hallischen Gebiet mit ihrem gemeinen Treiben gegen die Gewerkschaftsführung, als das größte Verbrechen gegen die Papierarbeiter zu betrachten ist.

Die Konferenz ist darüber einer Meinung, daß durch dieses Treiben der RGO. der Widerstand der Unternehmer gestärkt, die Kraft der Arbeiter aber geschwächt wurde.

In Anbetracht dieser jetzigen Situation erklärt die Konferenz, wenn auch unter scharfem Protest und größten Bedenken, dem Schiedsspruch zuzustimmen.“

Diese Resolution fand mit überwältigender Mehrheit der gesamten Konferenzteilnehmer gegen nur 8 Stimmen Annahme. S. F.

Niederschrift

über die Sitzung des Tarifamts der deutschen Papier-, Pappen-, Zellstoff- und Holzstoffindustrie vom 10. Januar 1931.

Anwesend sind:

- 1. als Arbeitgeberbeisitzer die Herren Diamant, Helmbrecht, Kluge, Dr. Leopold;
- 2. als Arbeitnehmerbeisitzer die Herren Graf, Eins, Rücker, Stähler.

Vorsitz turnusgemäß Herr Rücker.
Schriftführer turnusgemäß Herr Dr. Leopold.

I.

Antrag auf Lohnregelung für die Gruppe Baden.

Für die Parteien erscheint niemand. Das Tarifamt beschließt, gemäß § 5 Abs. 3 der Geschäftsordnung, auf Grund der schriftlichen Unterlagen zu entscheiden.

Der Antrag der Arbeitgeber lautet: den Ecklohn der Klasse III des Tarifvertrages vom 29. April 1929 um 15 Prozent herabzusetzen.

Wegen Stimmengleichheit kam ein Schiedsspruch nicht zustande.

II.

Antrag auf Lohnregelung für die Gruppe Württemberg.

Für die Parteien erscheint niemand. Das Tarifamt beschließt, gemäß § 5 Abs. 3 der Geschäftsordnung, auf Grund der schriftlichen Unterlagen zu entscheiden.

Die Arbeitgeber beantragen, vom 15. Dezember 1930 an den Ecklohn um 10 Pfennig zu senken, sowie für Handelsholzschleifereien und Handpappenfabriken einen besonderen Lohnsatz festzusetzen.

Die Arbeitnehmer fordern, die Löhne bis auf weiteres zu verlängern und Entzweigungen aus Ortsklasse C in Ortsklasse B zu verlegen.

Wegen Stimmengleichheit kam ein Schiedsspruch nicht zustande.

III.

Antrag auf Lohnregelung für die Gruppe Westfalen.

Für die Parteien erscheint niemand. Das Tarifamt beschließt, gemäß § 5 Abs. 3 der Geschäftsordnung, auf Grund der schriftlichen Unterlagen zu entscheiden.

Die Arbeitgeber beantragen, den Ecklohn (erster Gehilfe in Ortsklasse I) von 76 Pfennig auf 64 Pfennig herabzusetzen, ferner auf Beibehaltung der Kostandsklausel.

Die Arbeitnehmer beantragen Erhöhung der Stundenlöhne um 10 Prozent, Wegfall der Lohnklasse IV, Verlegung der Betriebe im Kreise Arnberg aus Ortsklasse II in Ortsklasse I und Fortfall der Kostandsklausel.

Wegen Stimmengleichheit kam ein Schiedsspruch nicht zustande.

IV.

Antrag auf Lohnregelung für die Gruppe Sachsen.

Herr Direktor Diamant scheidet auf Arbeitgeberseite als Beisitzer aus.

Für die Parteien erscheint niemand. Das Tarifamt beschließt, gemäß § 5 Abs. 3 der Geschäftsordnung, auf Grund der schriftlichen Unterlagen zu entscheiden.

Die Arbeitgeber haben beantragt, den Ecklohn der Gruppe V, Ortsklasse I, auf 66 Pfennig herabzusetzen.

Von Arbeitnehmerseite ist beantragt, vom 6. Januar an die Löhne um 5 Prozent zu erhöhen.

Wegen Stimmengleichheit kam ein Schiedsspruch nicht zustande.

V.

Antrag auf Lohnregelung für die Gruppe Provinz Sachsen-Thüringen-Anhalt.

Herr Kluge scheidet auf Arbeitgeberseite als Beisitzer aus.

Für die Arbeitgeberseite erscheinen die Herren Dr. Breyer, Kluge und Dr. Winckler.

Für die Arbeitnehmerseite erscheinen die Herren Krause, Pauli, Schneider und Lohst.

Die Parteien sind mit der Besetzung des Tarifamts 3:3 einverstanden.

Die Arbeitgeber fordern vom 4. Januar an folgenden Ecklohn:

Ortsklasse Ia	I	II	III
	82	59	56

Es wird zur Sache verhandelt.

Ein Spruch kam wegen Stimmengleichheit nicht zustande.

Nahrungsmittel-Industrie

Geschäftsabschlüsse in der Zuckerindustrie.

Die Dessauer Werke für Zucker und chemische Industrie haben ihren Geschäftsbericht für das Jahr 1929/30 herausgebracht. In dem Bericht wird gesagt, die katastrophalen Verhältnisse auf dem Zuckermarkt hätten sich im Berichtsjahre weiter stark zugepunkt, so daß Zucker auf dem Weltmarkt gegen Ende des Berichtsjahres für 6,40 Mk. je 50 Kilogramm gekauft werden konnte. Der deutschen Industrie sei es nicht einmal gelungen, den für Deutschland festgesetzten Höchstpreis auszunutzen. Die Vereinigung für Verbrauchszuckerfabriken habe in dieser Beziehung die auf sie gesetzten Erwartungen nicht erfüllt. Verswert wurde dieser Vereinigung ihre Arbeit durch das Versagen der Ausführvereinigung der deutschen Rübenzuckerfabriken, G. m. b. H.; die Ausführquote sei von der Ausführvereinigung zu niedrig festgesetzt. Die überschüssigen Mengen hätten auf den deutschen Markt gedrückt. Der Melassemarkt sei zu Anfang des Berichtsjahres auf den normalen Stand zurückgegangen. Er lag vorher sehr hoch.

Der einzige Erfolg

der verbrecherischen Streikakt der RGO. besteht in der Spaltung und Schwächung der Arbeiterschaft, die doch gerade jetzt Einigkeit und solidarisches Zusammenstehen so bitter notwendig hat wie nie zuvor. Führt die Arbeiterschaft in Kämpfe hineinzuheben, die von Anfang an aussichtslos sind, das können die unverantwortlichen Führer

der RGO.

Aber die Arbeiter und Arbeiterinnen, die als Opfer solcher sinnlosen Streiks auf der Strecke bleiben und ohne jede Unterstützung dem Hunger preisgegeben sind, überläßt sie ihrem Schicksal. Das kümmert die RGO. nicht. Keinen Pfennig Lohn-erhöhung, keine Stunde Arbeitszeitverkürzung hat die RGO. erreicht, keinen Pfennig Lohnabbau abwehren können. Was sie erreicht hat und was sie kann, das

ist die

Schwächung der gewerkschaftlichen Einheit der Arbeiterschaft, die Zermürbung des gewerkschaftlichen Kampfes in solchen Arbeitern, die blind und betört der RGO. in ihre fortwährenden Niederlagen folgen. Der Arbeiterschaft muß die RGO. nichts, den Unternehmern aber sehr viel, denn ihr einziger Erfolg ist die

Stärkung der Unternehmermacht!

Zu der Gesellschaft gehören zwei Zuckerraffinerien und ein chemischer Betrieb. Über die beiden Zuckerraffinerien wird folgendes gesagt: Die Dessauer Zuckerraffinerie habe das Geschäftsjahr mit Verlust abgeschlossen. Die Ursache hierfür liege in dem sehr hohen Melassepreis. Für das neue Jahr wird ein günstigeres Ergebnis erwartet. Die Zuckerraffinerie Hildesheim dagegen verteilte eine Dividende von 10 Prozent. Der bilanzmäßige Gewinn der Gesamtgesellschaft beträgt 547 736 Mk. Der Gewinn wird wie folgt verteilt: Für Stammaktien 7 Prozent Dividende, für Vorzugsaktien 6 Prozent Dividende. Der Aufsichtsrat erhält eine Vergütung von 27 000 Mk., und 10 246 Mk. werden auf neue Rechnung vorgezogen.

Es handelt sich also demnach hier um eine Hauptgesellschaft mit verschiedenen Tochtergesellschaften. Die Tochtergesellschaften schließen ihren Geschäftsbericht gesondert ab, während die Hauptgesellschaft dann einen zusammenhängenden Geschäftsbericht herausgibt. Zwei dieser Tochtergesellschaften gehören zur Zuckerindustrie. Die Betriebsarten in beiden Fabriken sind aber verschieden. Dementsprechend ist auch der Geschäftsabschluß in beiden Raffinerien verschieden. Die Raffinerie Hildesheim verteilte eine Dividende von 10 Prozent, während die Raffinerie Dessau mit Verlust gearbeitet hat. Bei dem Dessauer Betrieb handelt es sich nun nicht um eine Raffinerie im eigentlichen Sinne des Wortes. Es handelt sich hier vielmehr um eine Entzuckerungsanstalt, die Melasse entzuckert. Der gewonnene Zucker wird auf dem üblichen Wege in den Handel gebracht und die anfallenden Restbestände werden dann auf Dünger und zum Teil auf sonstige hochwertige chemische Stoffe verarbeitet. Der Rohstoff für dieses Unternehmen, die Melasse, war nun, wie aus dem Bericht hervorgeht, sehr hoch im Preise. Beim Abzug des Zuckers ist die Firma an den üblichen Inlandspreis gebunden, sie kann also den Preis für ihr Endprodukt nicht dem Rohstoffpreis anpassen. Eine ähnliche Bindung dürfte auch bei den anfallenden chemischen Produkten bestehen. Die Unterbilanz liegt also hier in dem hohen Preise beim Rohstoffekauf. Anders liegt die Sache bei der Zuckerraffinerie Hildesheim. Dieser Betrieb ist eine reine Zuckerraffinerie. Früher wurde hier auch Melasse entzuckert. Das ist später eingestellt. Die Raffinerie Hildesheim hat nun aber auch im letzten Jahre wiederum eine Dividende von 10 Prozent verteilt.

Ferner ist der Geschäftsbericht über das Jahr 1929/30 von der Süddeutschen Zucker-AG. erschienen. In dem Bericht heißt es einleitend wie folgt:

„Wir haben am Schluß unseres vorjährigen Berichtes einen befriedigenden Abschluß für 1929/30 in Aussicht gestellt; diese Erwartung ist in Erfüllung gegangen. Auch für die deutsche Zuckerindustrie im allgemeinen ist bei meist guten Abnehmer mit hohem Zuckergehalt das Jahr zufriedenstellend gewesen. Die gegen 1928/29 abermals höhere Erzeugung mußte auch eine höhere Ausfuhr zur Folge haben, die bei den üblich unbefriedigenden Weltmarktpreisen eine starke Beeinträchtigung des Erlöses mit sich brachte. Mithin war diese starke Ausfuhr durch den Rückgang des Inlandsverbrauchs; man hatte entsprechend den Erfahrungen in den vorhergegangenen Jahren mit einer Zunahme von wenigstens 3 Prozent gerechnet, während eine Abnahme von fast 3 Prozent zu verzeichnen ist, so daß also der tatsächliche Verbrauch um annähernd 6 Prozent hinter der Vorausberechnung zurückblieb. Von der Zerrüttung des Weltzuckermarktes ist die deutsche Zuckerindustrie in ihrem Inlandgeschäft nahezu unberührt geblieben durch die neue Zoll-erhöhung vom März 1930, mit der allerdings gleichzeitig eine Herabsetzung des Inlands Höchstpreises verordnet worden war.“

In dem Bericht wird dann ferner gesagt, daß eine Kontingentierung bei der Zuckererzeugung erforderlich sei. Beim Inlandspreis seien große Schwankungen nicht zu verzeichnen gewesen. Gegen Schluß des Jahres trat eine Senkung des Preises ein. Die verarbeitete Zuckermenge sei wiederum gestiegen, der Zuckergehalt sei befriedigend und die Verarbeitung in den Betrieben ohne Störung vor sich gegangen. Der erzeugte Zucker sei einem annehmbaren Durchschnittspreis verkauft worden.

Die Aussicht für das Jahr 1930/31 sei nicht günstig. Die Ernten übertrafen das abgelaufene Jahr ganz bedeutend, der Preissturz am Schnitzel- und Melassemarkt sowie die Überproduktion an Verbrauchszucker lassen im nächsten Jahre einen ungünstigen Abschluß erwarten. Das Berichtsjahr schließt mit einem Reingewinn ab, der den vorjährigen Reingewinn noch übersteigt. Er beträgt einschließlich des Gewinnvortrages aus dem Vorjahre 4 798 550 Mk. bei einem Aktienkapital von 30 Millionen Mark. Es wird vorgeschlagen, auf Stammaktien eine Dividende von 10 Prozent = 2 960 000 Mk. und auf Vorzugsaktien 28 000 Mk. zu verteilen. Der erzielte Reingewinn hätte zur Verteilung einer 15prozentigen Dividende ausgereicht. Es heißt aber im Bericht, daß man in Rücksicht auf die oben geschilderte ungewisse Zukunft Vorsicht bei der Dividendenverteilung empfehle. Der verbleibende Rest soll daher auf neue Rechnung vortragen werden.

Die Bilanz ergibt einen Abschluß mit rund 59,5 Millionen Mark. Die Bankguthaben betragen 20,9 Millionen Mark, die Verbindlichkeiten 19,3 Millionen Mark. Die gefällige Rücklage mit 5 Millionen Mark und eine Sonderrücklage mit 300 000 Mk. sowie Abschreibungen mit 1 341 059 Mk. zeigen, daß die Gesellschaft auch sonst sehr gut fundiert ist. Es handelt sich bei der Süddeutschen Zucker-AG. um eine Gesamtgesellschaft, zu der die Rohzuckerfabriken Friedensau, Gernsheim, Gr.-Veran, Heilbronn, Offstein, Regensburg, Stuttgart, Waghäusel und Zülfingen sowie die Zuckerraffinerie Frankenthal gehören. Fast die ganze süddeutsche Zuckerindustrie ist also in diesem Unternehmen zusammengefaßt.

Der Abschluß der Süddeutschen Zucker-AG. muß also, gemessen an den heutigen Verhältnissen, geradezu als glänzend bezeichnet werden. Die Zuckerindustrie behauptet fortwährend, daß sie Not leide und daß es ihr schlecht gehe. Ein reines Zuckerunternehmen aber erzielt ein Gewinnergebnis, das die Ausschüttung einer 15prozentigen Dividende ermöglicht. Wiederholt wird in dem Bericht unterstrichen, daß die deutsche Zuckerindustrie von der Zerrüttung auf dem Weltzuckermarkt infolge Erhöhung des Schutzzolltarifs verschont geblieben sei. Da das laufende Jahr nach Ansicht der Direktion wahrscheinlich nicht so gut abschließen wird, beugt man vor, verteilt für das abgelaufene Jahr nur 10 Prozent Dividende, um für kommende Zeiten gerüstet zu sein. Die Süddeutsche Zucker-AG. ist rein kapitalistisch aufgezogen. Während bei einem großen Teil der anderen Rohzuckerfabriken der Landwirt der Hauptaktionär ist, spielt in der Süddeutschen Zucker-AG. das Bankkapital die Hauptrolle. Das zeigt schon die Zusammensetzung des Aufsichtsrats, in dem Bankdirektoren und Bankinhaber ausschlaggebend sind.

Der Bericht der Süddeutschen Zucker-AG. verweist aber auch auf einen anderen Umstand. Es wird betont, daß der Zuckerverbrauch in Deutschland um 3 Prozent zurückgegangen sei, während man mit einer dreiprozentigen Verbrauchssteigerung gerechnet hat. Das zeugt von einem starken Rückgang der Kaufkraft des deutschen Volkes, denn Zucker ist ein wichtiges Nahrungsmittel. Das sollte aber auch die Zuckerindustrie bedenklich stimmen. Der Zuckerverbrauch ist doch nur deshalb zurückgegangen, weil die Masse der Konsumenten schon an diesem wichtigen Nahrungsmittel infolge mangelnder Kaufkraft spart. Auf der einen Seite also eine gute Gewinnverteilung, auf der anderen Seite starke Drosselung der Kaufkraft. Das verträgt sich nicht zusammen.

Betrachten wir die vorliegenden Abschlässe, so ergibt sich folgendes: Die Dessauer Werke für Zucker und chemische Industrie verteilen insgesamt eine Dividende von 7 Prozent. Die Hildesheimer Zuckerraffinerie, die ein Teil dieses Unternehmens ist, verteilt 10 Prozent Dividende. Die Süddeutsche Zucker-AG. könnte nach dem Gewinnergebnis 15 Prozent Dividende verteilen. Sie bescheidet sich in Anbetracht dessen, daß das laufende Jahr voraussichtlich nicht so günstig abschließen wird, mit 10 Prozent. Die Abschlässe zeigen, daß man von einer Kostlage in der Zuckerindustrie zum mindesten bei diesen Gesellschaften nicht reden kann. Bei richtiger Ausnutzung aller organisatorischen und technischen Maßnahmen wird auch am Zucker noch Geld verdient. Manches Unternehmen wäre heute zufrieden, wenn es einen Gewinn in der Höhe, wie ihn die Süddeutsche Zucker-AG. erzielt hat, buchen könnte. Viele müssen sich mit weniger als 10 Prozent Dividende begnügen. Die kleinen Sparer aber, die ihr Geld zur Sparkasse bringen, wären froh, wenn sie nur die Hälfte von den 10 Prozent als Zinsen erhielten. E. Senkfeld.

◆ ◆ Unterhaltung, Wissen und Bildung ◆ ◆

Muß das so sein?

Muß das so sein, daß wir so hart entbehren,
Daß Not und Leid uns gefangen nimmt?
Ist es nur uns, den bitteren Kelch zu leeren,
Sind wir zu solchem Zweck bestimmt?
Sind nur für uns des Lebens Schattenseiten,
Des Daseins frühe Wolken ausersieht?
Soll stets mit uns die herbe Sorge streifen
Und Armut dauernd bei uns stehen?

Muß das so sein, daß Schlemmer das verprassen
Was unsere Faust, was unsere Stirn erzengt?
Daß wir dem Leben fluchen und das Dasein hassen,
Daß unsere Rücken vor der Zeit gebeugt,
Daß um der Arbeit Früchte wir betrogen
Und uns der Erde Schönheit bleibet stets verwehrt;
Daß unsere Menschenwürde in den Schmutz gezogen
Muß das so sein? Hat das ein Gott gelehrt?

Muß das so sein? Gebt Antwort auf die Fragen,
Die ihr stets „nörgelnd“ abseits steht!
Dies Los zu ändern hilft kein müßig Klagen,
Da hilft kein Murren, nützt kein leer Gered.
Geschlossenheit allein, ein einiger Wille,
Der Herz und Brust mit Kämpfergeist befeelt
Bringt näher uns dem edlen Ziele
Der von uns selbst geschaffenen besseren Welt.

Johann Weig.

Der Verrückte mit den Fünfmärkstücken.

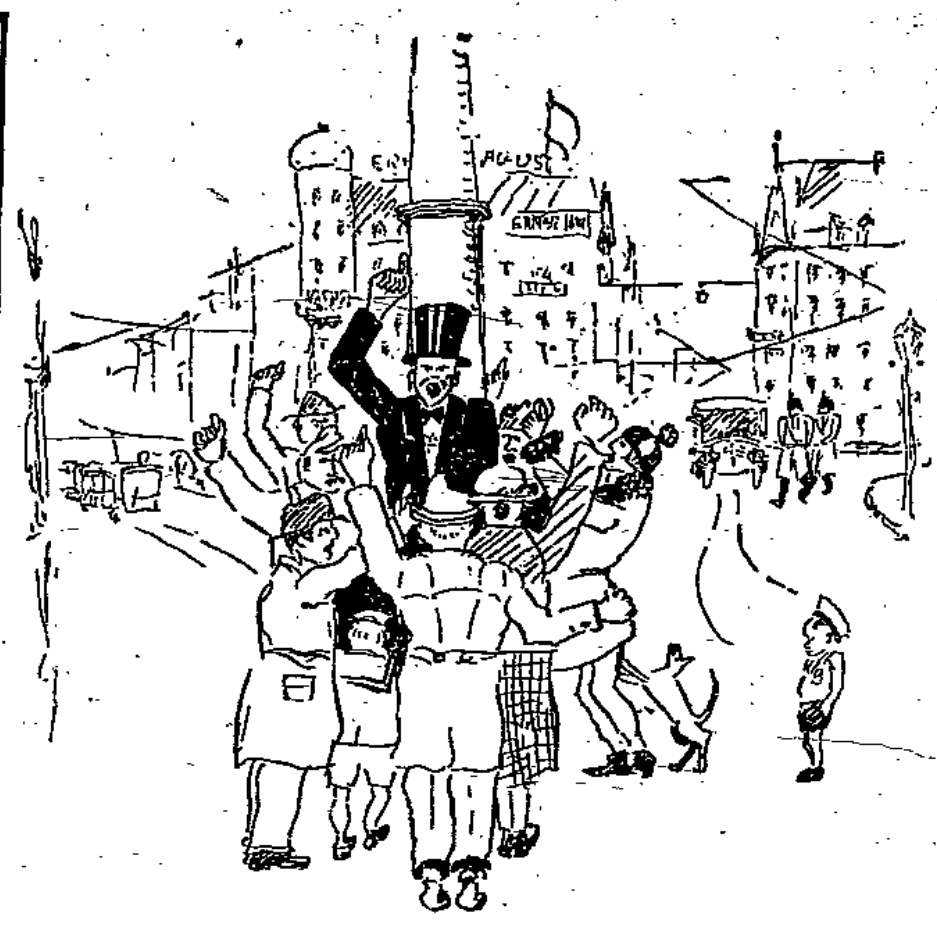
Humoreske von Fredrik Ell.

Es war am Abend des 29. März 1930, als auf dem Augustusplatz in Leipzig ein großer Anlauf entstand. Von allen Seiten strömten die Menschen herbei, zwangen die Autos zu Bogen und die Straßenbahnen zu müßigem Verharren.

„Was ist los?“
„Ein Verrückter.“
„Wieso?“
„Er will Geld verkaufen.“
In der Mitte der Zusammenrottung stand ein großer schlanker Herr. Sein Anzug schien vom besten Schneider, gelbe Schweinslederhandschuhe zerschimmerten grell das Schwarz seines Anzuges, auf dem Kopfe trug er einen spiegellenden Zylinder.
„Heran, meine Herrschaften! Wer hat noch nicht? Wer will noch mal? Nagelneue Fünfmärkstücke zu zwei Mark das Stück! Nur zwei Mark für ein nagelneues Fünfmärkstück! Heran, meine Herrschaften!“
Die Leute drängten immer näher, um die Fünfmärkstücke zu sehen, die der Unbekannte aus einem großen Beutel herausnahm. Sie schienen erst, aber niemand getraute sich einen Versuch zu machen.
„Niemand?“ rief der Fremde. „Will keiner funkelneue Fünfmärkstücke für zwei Mark kaufen?“
Da drang die Polizei ein.
„Aneinander! Aneinander!“
Die Menge wich zurück.
„Bald stand die Polizei vor dem Fremden.“
„Was treiben Sie hier?“
„Ich verkaufe Fünfmärkstücke.“
„Für welchen Betrag?“
„Zwei Mark für zwei Stück.“
„Das ist ein seltsames Geschäft.“
„Meines Wissens ist es in Deutschland nicht verboten, derartige Geschäfte zu machen.“
„Folgen Sie uns auf die Wache!“
Der Fremde ging lächelnd mit und die Masse folgte.

Der Polizeikommissar hatte die nötigen Daten niedergeschrieben. „Wie viele haben Sie schon verkauft?“ fragte er.
Der Fremde antwortete: „Kein einziges.“
„Was kann ich mir denken“, nickte der Kommissar, „jeder glaubt natürlich, daß die Stücke falsch sind.“
„Sie sind aber nicht falsch, wie Sie sich überzeugen haben. Drei Sachverständige haben Ihnen die Echtheit der Stücke bestätigt.“
„Warum treiben Sie den Unfug?“ fuhr der Kommissar fort.
„Das ist kein Unfug, verehrter Herr“, verteidigte sich der Fremde, „ich habe genügend Geld, um mir diese Art Wohlthätigkeit zu leisten. Aber abgesehen davon habe ich eine Weile abgesehen, bei der ich mich verpflichtete, auf dem Augustusplatz eine Stunde Fünfmärkstücke zum Verkauf von zwei Mark anzubieten. Leider ist die Weile nicht zum Ausstrag gekommen wegen der polizeilichen Einmischung.“
„Der Verdacht lag nahe.“
„Das sehe ich gern ein. Aber meine Weile bleibt bestehen. Darf ich jetzt gehen?“
„Wir haben kein Recht, Sie länger zu halten.“
„Guten Abend!“
„Guten Abend.“

Am nächsten Morgen berichteten die Tageszeitungen über den sensationellen Verkauf. In allen Cafés, an allen Stammtischen der Stadt erzählte man sich davon. Leipzig hatte keine anderen Sorgen, keine anderen Gedanken, kein anderes Gespräch als über den „Verrückten mit den Fünfmärkstücken“. Unwillkürlich bog man ab auf den Augustusplatz ein, um die jetzt historische Stätte zu besichtigen.
So war es auch, als von dem nahen Rathaus die sechste Stunde schlug. Unruhig liefen die Menschen über den Platz.
„Mäßig drang von der rechten Seite eine Stimme.“
„Heran, meine Herrschaften! Der Mann mit den Fünfmärkstücken ist wieder da! Wer will noch mal? Wer hat noch nicht? Nagelneue Fünfmärkstücke zu zwei Mark das Stück!“
Die Menge klappte.
„Näher. Alles drängte, sich rannte hinüber.“
„Nur zwei Stück!“ rief alles wild durcheinander, „vier Stück, zehn Stück — fünfzig Stück.“
In wenigen Minuten war der Fremde anverkauft.
„Nur noch zehn Fünfmärkstücke hielt er in der Hand.“
Die geringe Menge kämpfte darum.
„Sie sind nicht für mich“, beharrte der Fremde, „ich habe sie ausgeben für die beiden nächsten Beamten, die mich gefesselt haben. Sie können kommen und heute wieder hier ihren Dienst machen. Da drüben kommen Sie, laßt Sie durch!“
Die Beamten drängten sich heran.
„Wollen Sie nicht auch einige Fünfmärkstücke für zwei Mark kaufen?“ lachte ihnen der Unbekannte entgegen.
„Wenn Sie so weit sein wollen.“
„Bitte. Es ist mir ein Vergnügen. Jetzt Stück habe ich noch.“



Der Polizist nahm sie in Empfang.
„Vielen Dank, mein Herr, vielen Dank. Was zahlte ich?“
„Zwei Mark für das Stück.“
„Hier sind zwanzig Mark. Nochmals vielen Dank.“
„Keine Ursache. Jetzt ist Schluss, meine Herrschaften!“
Die Menge brach in Hochrufe aus.
Der Fremde dankte, bestieg eine reservierte Aufwandschke und fuhr von dannen. Er mußte wohl zum Bahnhof gefahren sein, denn man hat ihn nie wiedergesehen. Gehört hat man in Leipzig noch oft von ihm. Jedesmal dann, wenn die Leute in ein Geschäft gingen, um dort mit ihren so billig erworbenen Fünfmärkstücken Einkäufe zu machen, denn dann erfuhren sie, daß ihre Stücke so falsch waren wie die am ersten Abend gezeigten Fünfmärkstücke echt.

Meyers Jubiläum.

Humoreske von Ernst Hallenstein.

Es gibt für mein allerdings unmaßgebliches Empfinden in der Naturgeschichte drei große Geburtsfehler.
Erstens — überhaupt geboren zu werden, — zweitens, — daß die Gänse nur zwei Keulen haben, was man mit besonderer Bitterkeit beim Mittagessen empfindet, wenn einem der Vordermann die letzte Keule mit raffinierter Herzensroheit vor der Nase wegnimmt und man infolgedessen mit einem höchst mageren Flügelstück vorliebnehmen muß.
Der dritte, nicht minder große Geburtsfehler ist, wenn das unerbillliche Schicksal einem den Namen „Meyer“ in die sonst so weiche Wiege gelegt hat.
Der Name selbst birgt schon Härten!
Bei Bismarck fragt man nie: „Welcher Bismarck?“
Aber bei Meyer — — —?
Rendant Hieronymus Meyer in der Kreisstadt Bergstetten dachte nun freilich nicht so pessimistisch über seinen Namen, denn da ihn die Natur, was die Länge anbetrifft, etwas mangelhaft bedacht hatte, hieß man ihn allgemein den „kleinen Meyer“, und so mußte wenigstens jeder gleich, welcher Meyer gemeint war.
Offenbar halfigte Meyer der Anpassungstheorie, denn da er klein war, wollte auch sein innerer Mensch nie hoch hinaus, und so blieb er auch 25 Jahre Rendant in Bergstetten.
Sein Chef war ein praktischer Mann und sehr für die sogenannte Arbeitssteigerung, wobei er nicht außer acht ließ, den größeren Teil der Arbeit auf den kleinen Meyer abzuladen.
Hieronymus Meyer war bei seinen Bürokollegen sehr beliebt, nahm manchem manche Arbeit ab, kurz, war gefällig, wo er immer konnte — und er konnte immer. Von seinen Kollegen begangene Fehler mußte er dem Chef gegenüber so zu vertuschen und zu drehen, daß dieser oft sogar noch Lob spendete.
Was Wunder, daß sich das ganze Büropersonal an Eifer überbot, um sich bei dem in nächster Woche stattfindenden Dienstjubiläum des kleinen Meyer diesem erkenntlich zu zeigen.

In diesem Zwecke versammelten sich die Herren Kollegen in ihrem Stammbrau. „Ihr goldenen Pfeife“, es war bereits das vierte Mal, um sich darüber einig zu werden, welcher Art ihre Jubiläumsgabe sein sollte. Natürlich durften die Kosten nicht zu hoch werden.
Ein Teil seiner Kollegen schlug eine Tabakspfeife mit dem dazugehörigen Tabak vor. „Nicht übel, nicht übel!“ murmelte man. Doch die meisten waren der Ansicht, daß dieses Geschenk für Meyers große kollegiale Gefälligkeiten doch zu klein war.
Ein ganz kluger fand es sehr praktisch, ihm ein Jahresabonnement für die noch im Bau befindliche elektrische Bahn zu stiften, da Meyer ziemlich weit wohne. Der Wirt des Lokals „Zur goldenen Pfeife“ wollte sich auch mit aller Gewalt beteiligen und plädierte eifrig für einen schön geschliffenen Stuhl für den Stammbrau. Aber diese etwas egoistische Idee des Wirtes, dessen bester Gast der kleine Meyer war, gingen die Ansichten so auseinander, daß keine Einigung erzielt werden konnte.
„Ich hab's!“ rief plötzlich Kollege Leineweber, „ich hab's! Wie Ihr wisst, steht Meyer einem guten Tropfen nicht gerade feindselig gegenüber. Wie wär's, wenn wir ein kleines hübsches Fäßchen anfertigen ließen und das mit Radesheimer Auslese füllten?“
Im noch einer süßlichen Verzäumung aus dem Wege zu gehen, stimmten endlich alle gern diesem Vorschlag zu, denn diese Verzäumungen waren bei den angetrockneten Keulen der Bürokollegen nicht gerade billig.
„Nur Riesmann, der das kleinste Gefäß bezog, schob die Augenbrauen sehr hoch, machte dreimal Ha, hm, hm, schüttelte bedächtig den Kopf und meinte: „Radesheimer Auslese? Wäghen feiner, ne?“
Der Tischgast, der die Idee geboren hatte und nicht wenig stolz darauf war, schlug nun vor, daß das Fäßchen nach Fertigstellung am nächsten Sonntag in seiner Wohnung aufgestellt werde und dann jeder zwei Flaschen Radesheimer Auslese mitzubringen habe, um die eigenhändig in das Faß zu gießen. Alle waren damit einverstanden. Jeder bestellte sich noch ein kleines Gefäß mit einem Schnapschen, um die große Idee zu begießen. Nur Riesmann trank, da doch schon der verfl. . . . te Radesheimer über sein Budget ging, nichts mehr.
Trotz angeregter wundertete man, wenn auch mit etwas Schlagseite, nach Hause. Nur der Wirt murmelte, schlich verstimmt hinter sein Bäcker und meinte, daß für einen so feinsten Gast, wie der kleine Meyer doch zu mal war, ein Faß doch praktischer gewesen wäre.

Der große Tag brach an!
Da Meyer Junggeheiratet war, wurde er weder durch den Ruf einer „freuliebenden“ Gattin, noch durch eine Schar blühender Kindlein geweckt. Das einzige, was ihm heute bestimmt blühte, war ein Verweis seines Chefs, denn seine Weidauer war hinterlistigerweise stehen geblieben, wodurch er 20 Minuten zu spät im Büro erschien, was ihm in den 25 Jahren nie passiert war. Atemlos kam er im Büro an und wurde auch sofort zu seinem Chef „berufen“. Meyer ließ im Bewußtsein seiner schweren Schuld die Flügel hängen, dachte nicht mehr an seinen Ehrentag, sondern nur daran, wie er sich von seiner Pflichtverletzung reinigen könne.
Doch wie klärte sich sein Gesicht auf, als sein hoher Chef ihm mit zuckerfüßer Miene entgegenkam, ihn herzlich zu seinem Ehrentag beglückwünschte und ihm als Anerkennung seiner Verdienste einen umfangreichen Briefumschlag in die vor Erregung zitternden Hände drückte. Klein-Meyer wurde noch kleiner vor Demotion, und heimlich beschloß er den Umschlag in seinen Händen, um neugierige seines Tassimes, der an solchen Tagen besonders entwickelt ist, die Größe der Summe halbwegs zu erraten, die er in geheimnisvollem Umschlag-krampfhaft in der Hand hielt.
Nachdem der Jubilar mit heißen Wangen das Zimmer seines Chefs verlassen hatte, öffnete er mit feierhafter Ungeduld den Umschlag. — Wer beschreibt seine Enttäuschung? — Statt der sehnlichst erhofften Banknoten enthielt der Umschlag — — — eine Photographie seines hohen Chefs!!!
Er mußte sich setzen.
Gerade in diesem Augenblick öffnete der Chef seine Bürotür, sah Meyer mit dem geöffneten Umschlag und sagte mit gönnerhafter Miene: „Na, Meyerchen, was sagen Sie zu dem Bild? He?“
„Das sieht Ihnen ähnlich!“ erwiderte Meyer mit Bitterkeit.
Voll seelischer Verbitterung wollte er sich nun an sein mit Blumen geschmücktes Pult begeben, als er sich von seinen Kollegen umringt sah. Kollege Leineweber gab sich und seiner Rednergabe einen Ruck und entledigte sich seiner Festrede: wenn auch in Etappen, — so doch mit Schwung. Bei den letzten Worten enthielt er das Faß, welches solange mit einem großen Bogen Zeitungspapier verhüllt war wie ein Denkmal. Klein-Meyer war gerührt. Seine Gläse schwitzte sichtbar! Händeschütteln, Dankesworte, und die kleine Feier hatte ihr Ende erreicht.
Nachdem Klein-Meyer die Kollegen gebeten hatte, am Abend im Extrazimmer der „Goldenen Pfeife“ seine Gläser zu sein, beauftragte er noch den Bürodiener, das Fäßchen gegen ein „fürstliches Trinkgeld“ in seine Wohnung zu schaffen.
Am Abend waren alle pünktlich zur Stelle und belebten freudig bewegt das Lokal. Nur der Gastgeber schien nicht gerade in Jubiläumstimmung zu sein.

Nachdem nun die Stimmung etwas lebhafter geworden und ein Loast den anderen abgelöst hatte, erhob sich der Jubilar feierlich, wie es sich an einem solchen Tage gehört, klopfte an sein Glas und sprach: „Meine verehrten Herren Kollegen! Es ist immer etwas Schönes und Erhabenes, wenn sich an einem solchen Tage wie dem heutigen die Kollegialität dadurch dokumentiert, daß man dem Gefeierten ein Angebinde stifft. Auch Sie, meine Herren, wollten mir mit dem Fäßchen Radesheimer, das Sie mir schenkten, eine große Freude bereiten. Die Absicht war gewiß gut, und Sie könnten meines Dankes gewiß sein, wenn — (seine Gläse begann wieder bedenklich zu schwitzen), wenn — nicht ein Tropfen Wermut dabei gewesen wäre, wenn nicht ein Freund des Humors meine Freude und den Wein arg verdünnt hätte, indem er, wahrscheinlich irrtümlich, für seinen Teil — — — Wasser in das Fäßchen gegossen hätte!“ — Große Aufregung entstand unter der Tafelrunde der 10 Personen, die sich gegenseitig mißtrauische Blicke zumarfen. — „Aber beruhigen Sie sich, meine lieben Kollegen, ich nehme die Sache nicht so ernst. Ich bin ja auch ein großer Freund des Humors — — — aber nur da, wo er hingehört. Aber in das Fäßchen gehörte etwas mehr Wein als Humor! Ich habe durch einen glücklichen Zufall erfahren, wer der wässrige Wühldog war. Eine kleine Buße hat er verdient! — — — Morgen ist Sonntag, ich pflege zwischen 10 und 12 Uhr die Kirche zu besuchen, während dieser Zeit aber ist meine Wirtin zu Hause und wird gern bereit sein, dem Missetäter drei Flaschen Radesheimer abzunehmen, welche dieser zur Strafe stiften soll. Damit — — — halte ich die Sache für erledigt!“
Der bisher so heitere Kreis war immer stiller und stiller geworden, und noch nie hatten die zehn Freunde das Bedürfnis, so früh nach Hause zu gehen wie gerade heute — — —!
Am anderen Morgen, als „Klein-Meyer“ aus der Kirche kam, kam ihm seine Wirtin mit den Worten entgegen: „Haben Sie aber nette Kollegen, Herr Meyer! Nacheinander waren alle zehn Herren da und haben jeder noch drei Flaschen Wein gebracht!“
Das gab Meyer zu denken!

Humoristische Ecke.

Stübchen aus Polizeiberichten.
Auf Vorhalt sagte sie zu mir: „Nu mach man keinen Sums, mein Schatz!“ Ich betrachte das einem verheirateten Beamten gegenüber als ungehörig.
Der Lastwagen kam bei der Gläse ins Rutschen und konnte bei dem starken Gefäll in der Panoramastraße nicht mehr zum Stehen gebracht werden. Er fuhr auf ein kleines Haus auf, raffte zum Fenster hinein und stand zur nicht geringen Überraschung der Bewohner plötzlich in der Stube am Mittagstisch. Die Frau wurde leicht am Bein verletzt, er selbst kam mit dem Schrecken davon.
Die Leiche war zerstückelt und die einzelnen Teile wurden in einen Sack gesteckt. Selbstmord dürfte demnach wohl kaum vorliegen.
Er ist sozusagen beinahe ein Individuum; Leumund hat er selbst gar keinen mehr und Religion soviel wie eine Katze, die kampellos kleine Vögel frißt.
Die Ursache der Leiche ist zweifelhaft. Da zwei Spaziergänger Rufe gehört haben wollen, ist es nicht ausgeschlossen, daß es sich um einen Selbstmord handelt und daß die Leiche um Hilfe gerufen hat, als ihr der Sprung ins Wasser leid geworden ist.
Der Beschuldigte ist seiner Bildung entsprechend ein dummer Mensch.
Mütterlicherseits ist ihm nichts nachzusagen, väterlicherseits jaust er.
Die Angeschuldigten führen ein göttliches Luderleben, wie es sonst nur unter pflichtvergessenen Eheleuten vorzukommen pflegt.
Der Pfarrer hält den Beschuldigten für einen frechen Menschen, aber für geistig normal, da er während der Predigt meist schläft.